

vom Ratsbüro genehmigt
am: 19. Dezember 2003
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der **17.18** Sitzung
vom Dienstag, 9. Dezember 2003
1. Teil 16.00 - 18.05 Uhr
2. Teil 19.05 - 21.45 Uhr
Grossratsaal der Rathauslaube

Vorsitz: Ernst Spengler (SVP) Präsident 2003

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

StimmzählerIn: Paul Bösch (OeBS)
Theres Brambrink (FDP) ErsatzstimmzählerIn

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 47 Mitglieder (1. Teil)
Ratspräsident und 46 Mitglieder (2. Teil)
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Herbert Distel (CVP)
Rolf Amstad (SP)

Entschuldigt für den 2. Teil der Sitzung: Hanspeter Meier (SVP)

Traktanden:

- 1. VdSR - Weiterführung der Verordnung des GrSR der Stadt SH
über die Ausrichtung einer Übergangsrente bei vorzeitigem Rücktritt aus
dem städtischen Dienst (Übergangsverordnung vom 28. Nov. 1995) Seite 646**
- 2. Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde Schaffhausen
einschliessl. Leistungsauftrag/Globalbudget WoV-Abteilungen 04 Seite 648**

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
07.01.03	VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
18.02.03	VdSR - Motionen Dr. Othmar Schwank: "Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit" und Iren Eichenberger: "Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige"	SPK
(04.03.03)	Ersatzwahl in den Steuerungsausschuss WoV für den Rest der Amtsdauer 2001/2004	
06.05.03	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons SH	SPK
12.08.03	VdSR - Neubau und Sanierung des Alters- u. Pflegeheims der Stiftung Schönbühl, Beteiligung der Stadt Schaffhausen	SPK
02.09.03	INTERPELLATION Esther Bänziger (SP) - Wer wohnt im Bienenhaus?	
28.10.03	VdSR - Vergabe der Liegenschaft GB Nr. 20'119, Schlosstr. 10, im Baurecht an Iris + Robert Meister-Stalder, Schlosstr. 18, 8207 SH und Roland Stalder, Dreispitz 2, 8207 SH	GPK
11.11.03	VdSR - Vergabe der Liegenschaft GB Nr. 20'120, Schlosstr. 6, im Baurecht an Silvia Meyer, Schaffhauserstr. 62, Büsingen	GPK
02.11.03	INTERPELLATION Peter Möller (GB) - Wem gehören "schaffhausen.ch" und andere Internettikeiten?	
25.11.03	VdSR Zonenplanänderung Nr. 29 "Thayngerstrasse"	SPK

Kleine Anfragen:

16 Peter Neukomm (SP)	Auswirkungen der Taggeldkürzung (ALV)	03.06.03
20 Peter Neukomm (SP)	Städtische Vertretung in der Pensionskasse	12.08.03
22 Christoph Schlatter (SP)	Förderung der Wohnqualität im Bereich der Hauentalstr.	22.09.03
23 Edgar Zehnder (SVP)	Sozialstrukturen Städtische Kindergärten	23.09.03
25 Rolf Amstad (SP)	Schwerverkehrs-Kontrollzentrum contra Emissionen	04.11.03

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR - Weiterführung der Verordnung des GrSR der Stadt SH über die Ausrichtung einer Übergangsrente bei vorzeitigem Rücktritt aus dem städtischen Dienst (Übergangsverordnung vom 28. Nov. 1995)

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage mit **45 : 0 Stimmen** gut und stimmt den Anträgen des SR wie folgt zu:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 23. September 2003 und den beantragten Änderungen der Übergangsrentenverordnung vom 28. November 1995.
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt gestützt auf Art. 25 lit. d Ziff. 6 der Stadtverfassung die folgenden Änderungen der Verordnung über die Ausrichtung einer Übergangsrente bei vorzeitigem Rücktritt aus dem städtischen Dienst:

§ 2 Abs. 2

² Der Anspruch entfällt beim Bezug einer AHV- oder IV-Rente, spätestens jedoch bei Erreichen des ordentlichen AHV-Alters.

§ 3 Abs. 5 neuer Satz 2

Abgestellt wird auf den Durchschnitt der Pensen in den letzten fünf Jahren.

§ 6 Abs. 2

² Die vorliegende Verordnung gilt für unbestimmte Zeit, längstens jedoch bis zu einer allfälligen Ablösung oder Aufhebung im Zusammenhang mit der Totalrevision des Personalgesetzes. Die Leistungen nach dieser Verordnung werden ausgerichtet, sofern der vorzeitige Altersrücktritt während ihrer Geltungsdauer wirksam wird.

3. Ziffer 2 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 43 des Gemeindegesetzes dem fakultativen Referendum.
4. Die Änderung tritt auf den 1. Januar 2004 in Kraft.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde Schaffhausen
einschliessl. Leistungsauftrag/Globalbudget WoV-Abteilungen 04**

Der Grosse Stadtrat heisst den **Leistungsauftrag bzw. die Globalbudgets der 5 WoV-Abteilungen** gut.

Der Grosse Stadtrat heisst den **Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde SH sowie die Anträge gemäss Botschaft des SR** in der Schlussabstimmung unter Namensaufruf mit **24 : 23 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2004 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

(Der Antrag von Peter Möller (GB), Ziffer 1 dieses Beschlusses abzulehnen, unterliegt in der Abstimmung unter Namensaufruf mit 23 : 24 Stimmen.)

2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 108 % festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

	Fr.
Wiederkehrende Ausgaben der laufenden Rechnung	
5891.365.519 Gemeinnützige Beiträge an kantonale Vereine und Institutionen; Fachstelle Integration: Erhöhung des Beitrages von Fr. 10'000.-- auf Fr. 40'000.--	30'000.--
Einmalige Beiträge der Investitionsrechnung	
029.506.008 Beitrag an Projekt geographisches Informationssystem (GIS) (im Voranschlag 2004 ist die 1. von 4 Tranchen in Höhe von Fr. 118'000.-- enthalten)	472'000.--
212.503.273 Schulhaus Gräfler; Medienraum	360'000.--
570.503.504 Altersheim am Kirchhofplatz;	

Dachausbau Agnesenhaus

500'000.---

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2004 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Das **bereinigte Budget 2004** ergibt in der **Laufenden Rechnung** einen **Aufwandüberschuss von Fr. 2'394'900.--**. Dieser resultiert aus den Anträgen der GPK vom 03.12.03 (- Fr.3'074'900.--) abzüglich Fr. 680'000.-- - Reduktion der Sachgruppe 31 Sachaufwand (Seite 7 des Budgets 04).

Der diesbezügliche Antrag zur Reduktion des Sachaufwandes von Thomas Hauser im Namen der FDP-Fraktion wird vom Rat unter Namensaufruf mit 24 : 22 Stimmen gutgeheissen.

Ein Kompromiss-Antrag des Stadtrates - den Sachaufwand in der Sachgruppe 31 um 1 % zu reduzieren, unterliegt in der Abstimmung unter Namensaufruf dem Antrag Th. Hauser mit 23 : 24 Stimmen.

Ein Ordnungsantrag von Peter Möller (GB), die Sitzung abzubrechen und das Budget an den SR zurück zu weisen. unterliegt in der Abstimmung unter Namensaufruf mit 23 : 24 Stimmen.

Die bereinigte **Investitionsrechnung** ergibt einen budgetierten **Mehraufwand von Fr. 10'849'000.--**. Dieser resultiert aus den Anträgen der GPK vom 03.12.03 (- Fr. 10'799'000.-) zuzüglich Fr. 50'000.-- unter der Pos. 212 503.276 Gega Schule, Werkräume (Seite 108 des Budgets). Der diesbezügliche Antrag von Andres Bächtold (SP), nebst der Sanierung des Chemielabors auch die Werkräume zu sanieren und den Betrag von Fr. 135'000.-- auf neu Fr. 185'000.-- zu erhöhen, wird vom Rat mit 25 : 20 Stimmen gutgeheissen.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Ernst Spengler (SVP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der Gäste auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:

Edgar Zehnder (SVP) persönliche Erklärung bzgl. Interpellation vom 17. Nov. 03
"Neue Kindergartenzeiten" *

"An der letzten Grossstadtratssitzung wurde ich vom Schulreferenten gebeten, die Interpellation „Neue Kindergartenzeiten“ zurückzuziehen; dies mit der Begründung, der Stadtrat sei für die Beantwortung meiner Fragen gar nicht zuständig. Dass mit diesem Einwand bereits ein wenig Licht in die verworrene Angelegenheit gebracht wurde, war mir mehr als recht.

In der Zwischenzeit sind diverse Gespräche mit Personen aus verschiedensten Gremien geführt worden. Klar ist bis anhin nur eins: Niemand will so richtig für das Durcheinander, beziehungsweise für die Beschlüsse des Stadtschulrates zuständig und verantwortlich sein. Am liebsten würde man über dieses Thema keine weiteren Worte verlieren, alles vergessen.

Der Stadtschulrat ist nicht dem Schulreferat unterstellt und eine vom Volk gewählte Exekutive ohne parlamentarische Verantwortung. Die Aufwände dieser Behörde werden bei uns heute Abend zwar budgetiert, zum Sein und Tun des Stadtschulrates zu sagen haben wir aber nichts. Wir wollen die Probleme der Bevölkerung hier im Rat jedoch ernst nehmen.

Ich werde diese Interpellation vorerst zurückziehen und werde mir weitere politische Schritte rund um die Schulstrukturen - wenn nötig auch mit unseren Kollegen aus dem Kantonsrat - vorbehalten."

Peter Neukomm (SP) persönliche Erklärung *

"Im Namen der SP-Mitglieder der SPK "Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion" möchte ich an dieser Stelle unseren Protest dagegen deponieren, dass es Mitglieder in diesem Rat gibt, die das Gefühl haben, sich nicht einmal an die elementarsten Spielregeln halten zu müssen.

Obwohl die Beratungen der SPK Sportstadion noch nicht abgeschlossen sind, hat SVP-Kommissionsmitglied Christian Meister in den SN vom 28. Nov. 03 als Ex-Präsi der SVS und explizit als Grossstadtrat mit einer längeren Stellungnahme zur Frage des künftigen Standorts des neuen Fussballstadions Position bezogen und dies, ohne mit der Kommission oder deren Präsidenten Rücksprache zu nehmen.

Es kann nicht angehen, dass einzelne Kommissionsmitglieder vor Abschluss der Kommissionsberatungen und entgegen allen Abmachungen, dass Medien-Verlautbarungen über den SPK-Präsidenten zu laufen haben, versuchen, eine SPK über die Medien unter Druck zu setzen.

Weil wir keine Lust haben, mit Leuten zusammen zu arbeiten, die sich um elementarste Spielregeln foutieren, ersuchen wir die SVP Fraktion, ihr Kommissionsmitglied Christian Meister in dieser SPK auszutauschen."

Als **Ersatzstimmzählerin** für die heutige Sitzung anstelle des entschuldigtem Herbert Distel (CVP) bestimmt der Ratspräsident Frau Theres Brambrink (FDP).

Auf den Pulten liegen heute auf:

- Personalinfo Nr. 3 Dezember 2003 des Personaldienstes der Stadt SH
- SR-Beschluss vom 2./3. Dez. 2003 bzgl. Steuergesetz

Neu eingegangene Geschäfte:

25.11.03 VdSR Zonenplanänderung Nr. 29 "Thayngerstrasse"

Das Büro schlägt dem Rat vor, dieses Geschäft der bestehenden SPK "Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan" zur Vorberatung zuzuweisen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Kleine Anfragen

Beantwortet wurde vom SR mit Datum 2. Dez. 2003 die Kleine Anfrage

18 Raphaël Rohner (FDP) Auswirkungen der Sparmassnahmen des Bundes

11.08.03

PROTOKOLL

Das **Ratsprotokoll Nr. 16 vom 25. Nov. 03** ist vom Ratsbüro geprüft und genehmigt worden. Es liegt heute zur Einsichtnahme beim Ratssekretär auf.

Anmerkungen werden keine angebracht.

Tagesordnung

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.
Die Tagesordnung wird vom Rat gutgeheissen.

**Traktandum 1 VdSR - Weiterführung der Verordnung des GrSR der Stadt SH
über die Ausrichtung einer Übergangsrente bei vorzeitigem Rücktritt aus
dem städtischen Dienst (Übergangsverordnung vom 28. Nov. 1995)**

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Peter Möller (GB) Sprecher der GPK *

"Zu Beginn der heutigen Beratungen freue ich mich, eine Vorlage vertreten zu können, welche voraussichtlich völlig unumstritten sein wird, und auch für alle von ihr Betroffenen nur Positives bringt. Dies war wahrscheinlich auch der Grund, dass die Vorlage anlässlich ihrer Behandlung in der GPK am 19. November 2003 kaum zu Wortmeldungen Anlass gab, und ihr die GPK in der Folge mit 6 zu 0 Stimmen bei einer Abwesenheit zustimmte.

Die Ausgangslage ist allen hier Anwesenden bekannt und ich gehe davon aus, dass Sie die detaillierte und damit sehr informative Vorlage gelesen haben, weshalb ich darauf verzichten kann, Ihnen diese nochmals ausführlich vorzustellen. Nur noch in aller Kürze. Es geht um die Ausrichtung einer Übergangsrente in Höhe der minimalen AHV Rente an Mitarbeitende, welche nach ihrem 60igsten Altersjahr vorzeitig in Pension treten. Diese Regelung ist bereits seit 1995 in Kraft und ihre Geltungsdauer wurde im Jahr 2000 befristet verlängert, da durchwegs gute Erfahrungen gemacht werden konnten. Diese Erfahrungen haben sich in der Folge weiter bestätigt. Dadurch dass Stellen teilweise nicht oder verzögert wieder besetzt wurden, und weil bei Neuanstellungen tiefere Anfangsbesoldungen festgelegt wurden, konnten Nettoeinsparungen erzielt werden. Nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang auch, dass der vorzeitige Austritt die Stadt nicht nur finanziell entlastet, sondern auch Platz für jüngere Arbeitskräfte schafft und damit zu einer - wenn auch marginalen - Entschärfung der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt beiträgt. Damit durch die Änderung von Arbeitspensen kurz vor der Pensionierung weder Bevorzugungen noch Benachteiligungen erfolgen, soll neu die Berechnung der Übergangsrente aufgrund des durchschnittlichen Arbeitspensums in den letzten fünf Jahren erfolgen.

Wie bereits erwähnt war die Vorlage in der GPK unumstritten; sie hat lediglich in den Anträgen eine kleine sprachliche Korrektur angebracht, über welche ich Sie dann bei der Behandlung der Anträge informieren werde. Im übrigen gestatte ich mir, darauf hinzuweisen, dass der Kantonsrat an seiner Sitzung vom 27. Oktober 2003 bereits einer entsprechenden Regelung für die kantonalen Angestellten zugestimmt hat. Die GPK empfiehlt dem Grossen Stadtrat, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Die OeBS/EVP/GB-Fraktion schliesst sich dem Antrag der GPK an."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung

"Peter Möller hat bereits alles gesagt. Einem Geschäft, bei dem es nur Gewinner und keine Verlierer gibt, was selten bis nie vorkommt, werden wir selbstverständlich auch zustimmen."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP

"Ich verwende hier Worte, welche sonst Frau Martina Munz im Kantonsrat zu wählen pflegt. Es ist eine "Win-Win-Situation" für beide - für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer. Deshalb stimmt die FDP/CVP-Fraktion geschlossen der Vorlage zu."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU

"Auch die SVP/EDU-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen."

SR Veronika Heller Stellungnahme des Stadtrates

"Bei soviel wohlwollender Aufnahme einer unserer Vorlagen kann ich nur sagen: Herzlichen Dank, ich hoffe, dass Sie dann auch alle aufstehen."

Der Ratspräsident stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 5 samt Beilage.
Das Wort wird nicht verlangt.

ANTRÄGE

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Anträge.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 23. September 2003 und den beantragten Änderungen der Übergangsrentenverordnung vom 28. November 1995.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Der Grosse Stadtrat genehmigt gestützt auf Art. 25 lit. d Ziff. 6 der Stadtverfassung die folgenden Änderungen der Verordnung über die Ausrichtung einer Übergangsrente bei vorzeitigem Rücktritt aus dem städtischen Dienst:

§ 2 Abs. 2

² Der Anspruch entfällt beim Bezug einer AHV- oder IV-Rente, spätestens jedoch bei Erreichen des ordentlichen AHV-Alters.

§ 3 Abs. 5 neuer Satz 2

Abgestellt wird auf den Durchschnitt der Pensen in den letzten fünf Jahren.

§ 6 Abs. 2

² Die vorliegende Verordnung gilt für unbestimmte Zeit, längstens jedoch bis zu einer allfälligen Ablösung oder Aufhebung im Zusammenhang mit der Totalrevision des Personalgesetzes. Die Leistungen nach dieser Verordnung werden ausgerichtet, sofern der vorzeitige Altersrücktritt während **ihrer** Geltungsdauer wirksam wird.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Ziffer 2 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 43 des Gemeindegesetzes dem fakultativen Referendum.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Die Änderung tritt auf den 1. Januar 2004 in Kraft.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage mit **45 : 0 Stimmen** gut und stimmt somit den Anträgen des SR zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde Schaffhausen einschliessl. Leistungsauftrag/Globalbudget WoV-Abteilungen 04

EINTRETENSDEBATTE

Das Geschäft wurde usanzgemäss in der GPK vorberaten.

Der Ratspräsident erklärt einleitend das Prozedere der Budgetberatung. Die Ratsmitglieder haben am vergangenen Freitag die GPK-Anträge - datiert 03.12.03 - welche als gestellt gelten, mit Beilagen bzgl. Tagesschule Hohberg/Kreuzgut, Kompensation Steuerausfall durch die Annahme des revidierten Steuergesetzes sowie KSD Datenverarbeitung Kanton + Stadt SH erhalten. Ebenso wurden dem Rat die revidierten Budgets des Wasserwerkes SH, der Verkehrsbetriebe SH und der Sonderschulen zugestellt. Für die heutige Beratung haben diese neuen Unterlagen Gültigkeit.

Alfred Zollinger (SVP) Präsident der GPK *

"Mit den nachfolgenden Ausführungen hoffe ich dazu beizutragen, dass das Budget 2004 innert nützlicher Frist verabschiedet werden kann. Zusätzlich gehe ich davon aus, dass sich alle Fraktionen mit der Botschaft des Stadtrates vom 9. September 2003 sowie den erhaltenen Budgetunterlagen intensiv befasst haben und mit notwendigen News durch die GPK-Mitglieder unterstützt wurden. Leider wurden die Liste mit den Aenderungsanträgen der GPK, datiert 3. Dezember 2003, erst in den letzten Tagen allen Ratsmitgliedern zugestellt, weshalb ich diese Anträge noch näher begründen werde. Meine Ausführungen werde ich in folgende Kapitel unterteilen:

- Budget 2004 allgemein
- Behandlung innerhalb der GPK
- Aenderungsanträge der GPK
- WoV-Abteilungen Leistungsauftrag/Globalbudgets 2004
- Anträge Budget 2004

Budget 2004 allgemein

Bevor die Botschaft des Stadtrates vorliegt, wurde mit viel Arbeit das Rohbudget überarbeitet. Eine erste Rohfassung musste an die Budgetverantwortlichen zurückgewiesen werden, denn teilweise lagen die präsentierten Zahlen total „neben den Schuhen“. Die erlassenen Budgetweisungen vom 28. April 2003 wurden in Erinnerung gerufen, verbunden mit der Aufforderung, sich entsprechend zu verhalten. Die zweite Fassung bildete dann die Grundlage für die vorliegende Botschaft des Stadtrates vom 9. September 2003, die in der laufenden Rechnung einen Aufwand-Ueberschuss von Fr. 2'545'900.-- und einen Ausgaben-Ueberschuss von Fr. 10'799'000.-- in der Investitionsrechnung aufweist. Dabei ist zu beachten, dass bei den aufgeführten Schwerpunkten auf Seite 1 der Botschaft erwähnt ist, "dass die voraussichtlichen Mehrkosten für die Sozialleistungen auf den Besoldungen, u.a. infolge höherer PK-Prämien, von rund Fr. 800'000.-- noch nicht berücksichtigt seien, wodurch sich das Defizit in der laufenden Rechnung noch erhöhen werde". Mit sogenannten „einmaligen Erträgen“ konnten jeweils in den Vorjahren die Budgets verschönert werden. Und dieses Mal trägt die erhöhte Ablieferung der städtischen Werke mit Fr. 1,9 Mio zur Verbesserung bei. Im übrigen verweise ich auf die zusätzlich aufgeführten Schwerpunkte des vorliegenden Budgets, die Sie auf der ersten Seite der Botschaft des Stadtrates finden.

Sofern Sie den Änderungsanträgen der GPK, datiert 3. Dezember 2003, zustimmen, ergeben sich die nachfolgenden Zahlen für das Budget 2004:

Laufende Rechnung	Aufwandüberschuss	Fr. 3'074'900.--
Investitionsrechnung	Ausgabenüberschuss	Fr.10'799'000.--,
was zu einer erneuten Schuldenzunahme beiträgt.		
Spezialfinanzierungen	Ausgabenüberschuss	Fr. 2'485'300.--
Stiftungen und Legate	Ausgabenüberschuss	Fr. 166'800.---

Die Kennzahlen, mit Ausnahme der Bruttoinvestitionsquote, haben sich minim gegenüber dem Budget 2003 verschlechtert. Die Selbstfinanzierungskraft ist nach wie vor tief. Das Minimalziel von 70 % beim Selbstfinanzierungsgrad liegt noch in weiter Ferne. Die Zinsbelastungsquote ist angestiegen und dürfte sich in Zukunft noch zusätzlich erhöhen, weil damit zu rechnen ist, dass die Schuldsinssätze weiter ansteigen werden, sofern das vorausgesagte Wirtschaftswachstum eintrifft. Erfreulich ist hingegen, dass die Bruttoinvestitionsquote leicht höher liegt, wenn auch auf relativ tiefem Niveau. Und neben den grossen Brocken Buszentrum und ARA Röti hat es nicht mehr viel Platz!

Mit 9 % liegen die Abschreibungen etwas tiefer als die vom Gesetz her vorgeschriebenen 10 %. Dank den Uebergangsbestimmungen - der Mindestsatz wäre 8 % - ist dies aber noch zulässig.

Per Saldo kann festgehalten werden, dass ein Aufwandüberschuss von über 3 Mio einiges mehr als eine rote Null ist. Aber meine Damen und Herren, wir haben es heute Abend in der Hand, noch allfällige Korrekturen anzubringen, damit aus der 3 an erster Stelle eine 2 wird.

Behandlung innerhalb der GPK

Am 18. September präsentierte Frau Stadträtin Vero Heller zusammen mit den Herren Thomas Jaquet, Zentralverwalter und Alfred Stamm, Finanzkontrolle, das Budget 2004.

Nach der anschliessenden Eintretensdebatte beschloss die GPK mit 4 : 0 Stimmen, bei 3 Abwesenheiten, auf das vorliegende Budget einzutreten. Als Schwerpunkt wurde bestimmt: Ueberprüfung der unterschiedlichen Ansätze von Sitzungsgeldern, Stunden-Ansätzen und Pauschalen von Kommissionen, Arbeitsgruppen etc., welche durch den Stadtrat eingesetzt werden bzw. worden sind. Zu gegebener Zeit werden Sie über die Resultate orientiert. Die Termine für die Gruppenarbeiten, d.h. Erstellung der Fragenkataloge sowie die entsprechenden Abgabetermine wurden fixiert. Zwei Dreiergruppen wurden wieder gebildet und die zu überprüfenden Budgetpositionen zugeteilt. Der Sprechende wirkte wiederum in beiden Gruppen mit.

An der GPK-Sitzung vom 4. November konnten Frau Stadträtin Vero Heller und die Herren Thomas Jaquet und Alfred Stamm den weitaus grössten Teil der gestellten Fragen zu unserer Zufriedenheit beantworten. Eine Liste mit den ersten Budgetkorrekturen sowie entsprechende Unterlagen wurden an die GPK-Mitglieder abgegeben. Am Schluss der Sitzung waren wir bei einem Defizit in der laufenden Rechnung von rund Fr. 3,7 Mio. angelangt. Zusätzlich wurde noch ein zweiter Schwerpunkt bestimmt. Die GPK verlangte eine Liste betreffend fixer Aufträge der Stadt an Dritte für wiederkehrende Dienstleistungen, d.h.: Wer macht was für welche Abteilung? Die Bearbeitung dieser Liste wird an einer der nächsten GPK-Sitzungen traktandiert. Da die GPK-Sitzung mit den WoV-Pilotabteilungen das Budget auch nicht verbessern konnte, war ich gezwungen, am 12. November den Gesamt-Stadtrat aufzufordern, an der nächsten Sitzung vom 19. November Massnahmen vorzuschlagen, die zu einer massiven Senkung des Defizits führen.

Die Beantwortung der noch hängigen Fragen erfolgte an der GPK-Sitzung vom 19. November. An dieser Sitzung nahmen neben den drei vorgenannten Personen noch temporär die restlichen Stadträte teil, die zu speziell referatsbezogenen Fragen Stellung nehmen mussten. Ich kann nur bestätigen, dass auch dieses Frage- und Antwortspiel in angenehmer Atmosphäre verlief und die GPK sich von den Antworten überzeugen liess. Das Defizit konnte um rund Fr. 740'000.-- verbessert werden, einerseits durch die Reduktion der Arbeitgeber-Beiträge an Familienausgleichskasse und Arbeitslosenversicherung und andererseits durch Mehrerträge bei den Heimen durch eine Anpassung der BESA-Stufen-Pauschale.

Aenderungsanträge der GPK

Als Ausgangslage dient die Botschaft des Stadtrates vom 9. September 2003, die auf Seite 3 für die laufende Rechnung einen Ausgaben-Ueberschuss von Fr. 2'545'900.--, und auf Seite 5 für die Investitionsrechnung einen Ausgaben-Ueberschuss von Fr. 10'799'000.-- ausweist. Diese beiden Zahlen finden Sie wieder auf der Liste der GPK-Anträge, datiert vom 3. Dezember 2003, bezeichnet mit „Ergebnis Budget 2004 bisher“. Danach sind jeweils die Aenderungsanträge der GPK, die mit dem Stadtrat abgesprochen sind, aufgeführt. **Alle Aenderungsanträge sind hiermit für die Detailberatung gestellt. Allfällige Fragen dazu sind jeweils unter der entsprechenden Kontoposition zu stellen.** In der hintersten Kolonne, bezeichnet mit „Auswirkung Budget 2004“, werden mit Minus zusätzliche Ausgaben bzw. Mindereinnahmen und ohne Vorzeichen zusätzliche Einnahmen bzw. Minderausgaben bezeichnet. Die aufgeführten GPK-Anträge kann ich wie folgt kommentieren:

Allgemein - 800'000.--

Der Bundesrat hat bekanntlich im Herbst 2002 den Mindestzinssatz von 4 % auf 3,25 gesenkt. Um das Rentenziel gemäss Art. 26 des Pensionskassendekrets trotzdem zu erreichen, muss der Zinsausfall anderweitig kompensiert werden. Das ist nur mit einer Prämien- und Altersgutschriften-Erhöhung möglich. Die Verwaltungskommission hat deshalb an der Sitzung vom 21. August 2003 beschlossen, die Prämien auf die Basis einer Verzinsung von 3,25 % zu stellen.

Wichtig ist festzuhalten, dass mit dieser Prämien- und Altersgutschriftenerhöhung nichts an die Unterdeckung der Kasse finanziert wird. Die höheren Prämien kompensieren lediglich die tiefere Verzinsung.

Allgemein 300'000.--

Einsparung Sozialleistungen infolge Reduktion Beitragssätze für die Familienausgleichskasse von 1,6 auf 1,4 % und der Arbeitslosenversicherung 1 von 1,25 auf 1 % sowie keine ALV 2-Beiträge mehr.

Konto 1130 351.001 9'900.--**Schaffhauser Polizei**

Differenz zwischen urspr. Budgetierung und dem gemäss Amtsblatt vom 24. Okt. 2003 durch den Regierungsrat festgelegten Leistungsbeitrag ab 1. Jan. 2004.

Konto 1139 301.00/303.000/434.009 Saldo - 84'000.--**Verwaltungspolizei**

Aufstockung, infolge Zunahme der Aufgaben der Verwaltungspolizei in einem nicht vorhersehbaren Umfang, um eine Vollzeitstelle, d.h. effektive Erhöhung Soll um 30 %, da im Stellenpool aufgrund früherer Rationalisierungsmassnahmen noch 70 % enthalten sind.

Konto 2140 365.001 10'000.--**Musikschulen**

Beitragsreduktion an die Musikschule, wodurch der neue Betrag von Fr. 360'000.-- dem kürzlich erstellten Budget der Musikschule entspricht.

Konto 3090 318.408 - 500.--**Kulturdienst**

Fr. 500.-- zu wenig budgetiert, da der Leistungsvertrag über Fr. 20'000.-- lautet.

Konto 5404 432.000 - 50'200.--**Kinderhort Rosengasse**

Diese Einnahmen-Position wurde zu hoch budgetiert.

Konto 5491 Saldo - 91'500.--**Tagesschule Hohberg**

Erhöhung Aufwand und Ertrag aufgrund neuer Budgetierung nach Annahme der Vorlage der Volksabstimmung vom 30. Nov. 2003. Entsprechende Unterlagen haben Sie erhalten.

Konti 5700/5702/5703/5704 432.005 Saldo 440'200.--**Altersheime am Kirchhofplatz, Künzle-Heim, Steig und Wiesli**

Die Budgetierung erfolgte mit den alten Ansätzen, da die Verhandlungen zur Erhöhung noch nicht abgeschlossen waren. Am 17. Nov. hat die Direktion von „santesuisse“ dem Antrag zur Erhöhung der BESA-Pauschalen zugestimmt.

Konto 6510 363.001 **155'000.--**
Nahverkehr (VBSH)

Ergebnisverbesserung aufgrund des überarbeiteten Budgets, das Sie erhalten haben. Ich bitte Sie, die entsprechenden Seiten 197-203 auszuwechseln.

Konto 7409 350.01 **100.--**
Bestattungsamt

Dieser Betrag wurde irrtümlicherweise nochmals budgetiert.

Konto 7500 461.000 **- 10'000.--**
Gewässerverbauung, Gewässerunterhalt

Da das ursprünglich geplante Projekt anlässlich der Budgetüberarbeitung gestrichen worden ist, fällt auch der Kantonsbeitrag weg.

Konto 9320 441.002 **- 175'000.--**
Einnahmenanteile

Reduktion der Gewinnabgabe von 40 auf 30 % für Kasinos mit „B-Lizenz“ gemäss Bundesrat-Beschluss vom 15. Okt. 2003

Die unter dem Titel „Budgetverschiebungen“ getroffenen Veränderungen heben sich betragsmässig auf. In den meisten Fällen handelt es sich um Umbuchungen, d.h. die einheitliche Verbuchung steht im Vordergrund. Wesentlich sind dazu zwei Bemerkungen anzubringen:

Konto 3095 365.100/365.108
Übrige Kulturförderung

Leistungsvereinbarungen liegen nur für Fr. 137'500.-- vor. Deshalb ist der restliche Betrag von Fr. 152'500.-- auf die Position 365.108, Beiträge an städt. Vereinigungen + Institutionen, umzubuchen.

Konto 9000 400.000/400.003
Gemeindesteuern

Aufgrund der Abstimmung vom 30. Nov. 2003, Revision Kantonales Steuergesetz, ist mit Mindereinnahmen auf Position 400.000, Einkommens- und Vermögenssteuer, von Fr. 2 Mio zu rechnen. Die Kompensation erfolgt über das Konto 400.003, Auflösung Steuerrestanzen Gemeindesteuern. Entsprechende Unterlagen haben Sie erhalten.

Massnahmenpaket „sh.auf“ total **- 233'000.--**

Finanzielle Auswirkungen aus der Verschiebung der 1. Aufgabenteilung „sh.auf“ zwischen Kanton und Gemeinden.

Investitionsrechnung

Konto 620 501.604/662.305
Strassenverkehrsanlagen

Die Gespräche beziehen sich im Gegensatz zum normalen Budgetdialog auf eine ganze Produktgruppe und werden deshalb viel globaler geführt, ohne aber allfällig notwendige Details ausser Acht zu lassen.

Die Budgetierung für die 5 Abteilungen erfolgte wiederum nach den WoV-Grundsätzen, d.h. das zuständige Referat schloss mit den WoV-Abteilungen eine Leistungsvereinbarung ab, die im gemeinsamen Gespräch erarbeitet wurde. Diese Leistungsvereinbarungen für das Jahr 2004, die Ihnen die GPK zur Annahme empfiehlt, stehen unter Vorbehalt der Genehmigung durch den Grossen Stadtrat.

Die Entwicklung der Abteilungsergebnisse zu Vollkosten gemäss Budget 2004 gegenüber dem Budget 2003 sehen wie folgt aus:

Beim Altersheim Steig ist der Kostendeckungsgrad um 3 % auf 89 % gefallen, was vor allem auf die verminderte Kantonssubvention und den zu erneuernden Patientenruf zurückzuführen ist. In den Unterlagen sind beim Ertrag die höheren BESA-Abgeltungen von Fr. 142'400.-- noch zu berücksichtigen, wodurch sich das Abteilungsergebnis zu Vollkosten verbessert.

Ein korrigiertes Blatt wird Ihnen noch zugestellt.

Das Budget des Stadtarchives entspricht praktisch dem Vorjahr.

Das budget. Ergebnis der Stadtgärtnerei und Friedhofverwaltung ist minim schwächer. Budgetierten höheren Erträgen stehen auch höhere Personalkosten sowie erhöhte kalkulatorische Kosten infolge Neubewertung der Gärtnerei-Liegenschaften gegenüber.

Die Steuerverwaltung weist praktisch keinen Unterschied zum Vorjahr aus..

Das Vormundschafts- und Erbschaftsamt konnte erfreulicherweise den Kostendeckungsgrad um 3 % verbessern, obwohl das Abteilungsergebnis zu Vollkosten in Zahlen schlechter ist. Dazu haben positiv beigetragen die Anpassung der Gebühren sowie negativ die relativ massiv gesteigerten Personalkosten. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass nach Abschluss der internen Neuorganisation inkl. der damit verbundenen befristeten Pensenerhöhung für die Einarbeitungszeit merklich bessere Zahlen präsentiert werden können.

Positiv ist auch festzuhalten, dass die beiden WoV-Abteilungen Altersheim Steig und Stadtarchiv ihre Produkte gestrafft haben, ohne dass wesentliche Informationen verloren gehen. Diese haben auf Stufe Produktgruppe und Abteilung auch keinen Einfluss auf den Zeitreihenvergleich. Dazu kommt, dass mit dieser Straffung der Erfassungsaufwand auf ein vertretbares Mass reduziert werden kann und teils erst noch präzisere Resultate erzielt werden können.

Anträge Budget 2004

Die vorliegenden Anträge gemäss Seite 10 der Botschaft des Stadtrates vom 9. September 2003 inkl. Leistungsauftrag/Globalbudget der WoV-Abteilungen und die beantragten Aenderungsanträge der GPK wurden an der GPK-Sitzung vom 19. November mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, gutgeheissen.

Die GPK empfiehlt Ihnen, auf das vorliegende Budget 2004 verbunden mit den Aenderunganträgen und den Leistungsaufträgen/Globalbudgets 2004 der fünf WoV-Abteilungen einzutreten und der Vorlage mit den beantragten GPK-Aenderungen zuzustimmen.

Zum Abschluss will ich allen am Budget beteiligten Personen herzlich danken, sei es für das Zusammentragen von Zahlen oder die Beantwortung der GPK-Fragen. Speziell erwähnen muss ich dabei Frau Stadträtin Vero Heller sowie die Herren Jaquet und Stamm, die viele Frage- und Antwortstunden im Kreise der GPK verbringen „durften“. Aber auch unserem Sekretär, René Gisler, herzlichen Dank für die immer prompte und ausführliche Erstellung der Protokolle. Ich kann nur nochmals festhalten, dass sämtliche Budgetgespräche in einer äusserst angenehmen Atmosphäre und auf sachlicher Ebene stattfanden, wofür ich allen Beteiligten danke."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU *

Die Fraktion SVP/EDU wird auf das Budget 2004, die Leistungsaufträge/Globalbudgets der WoV-Abteilungen und die Anträge der GPK eintreten und ihnen auch zustimmen.

Das, obwohl wir nicht begeistert sind. Schon wieder kommt ein Budget daher mit einem Defizit, das in der laufenden Rechnung mit der erhöhten Ablieferung der Städt. Werke von Fr. 1,9 Mio noch verschönert worden ist. Kostenreduktionen - evtl. verbunden mit Abbau von gewissen Dienstleistungen, Sparen, Schuldenabbau und Reorganisation sind Aeusserungen des Stadtrates, die immer wieder zu hören sind. Aber wenn wir dieses Budget näher betrachten, ist von alle dem nichts zu finden. Interessant ist auch, dass die laufende Rechnung bei den Gesamteinnahmen und -ausgaben praktisch mit den Vorjahreszahlen identisch ist.

Einmal mehr müssen wir darauf hinweisen, dass wir vom Stadtrat verlangen, dass **die Senkung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen erste Priorität haben, verbunden mit notwendigen Strukturreformen. Die City-Card lässt u.a. auch grüssen.**

Nur so können in Zukunft bessere, d.h. ausgeglichene Budgets präsentiert werden.

Wir erwarten auch, dass die Ueberprüfung der Zusammenarbeit mit Kanton und Gemeinden mit vollem Elan vorangetrieben wird. Auch ausserhalb „sh.auf“ sind Visionen und Lösungen möglich.

Meine Damen und Herren: **„Wenn die Stadt nicht handelt, wird sie gehandelt!“**

Die angekündigte Verwaltungsreform, Reduktion von 35 auf 12 Abteilungen, muss vorangetrieben werden, damit diese per 1. Januar 2005 auch eingeführt werden kann. Aber es kann nicht sein, dass es nur weniger Abteilungen gibt und die bisherigen Tätigkeiten einfach verschoben werden. Das ist die Gelegenheit, die Tätigkeiten, Arbeitsabläufe und die jeweiligen Personalbestände kritisch zu überprüfen. Damit verbunden können Entscheide sein, die man nicht in jedem Falle gerne trifft. Aber wir können uns nicht länger leisten, Entscheide auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben und den Weg des geringsten Widerstandes beizubehalten. Frau Stadträtin und Herren Stadträte, legen Sie die Facts auf den Tisch; die SVP/EDU-Fraktion ist jederzeit bereit, diese kritisch zu überprüfen und auch Verantwortung mitzutragen.

Das gleiche gilt für die weitere Ausbreitung von WoV.

Positiv ist, dass die Abteilungen für die WoV-Einführung per 1. Januar 2005 bestimmt sind. Negativ dagegen, dass die Einbindung des Parlaments in die WoV-Umsetzung noch nicht erfolgt ist, was aber hoffentlich anfangs 2004 der Fall sein wird.

Wir sind uns sehr bewusst, dass man nicht nur fordern kann, sondern auch bereit sein muss, auf gewisse Ansprüche und Begehrlichkeiten zu verzichten. Ich kann Ihnen versichern, dass die SVP/EDU-Fraktion dazu Hand bieten wird."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Der Voranschlag der Stadt Schaffhausen für das Jahr 2004 sieht nach der Behandlung durch die GPK - über die Sie deren Präsident in gewohnt fundierter Weise informiert hat - in der laufenden Rechnung einen Fehlbetrag von rund Fr. 3'000'000.-- vor. Wenn nun berücksichtigt wird, dass dieses Resultat nur durch eine massive Erhöhung der Ablieferungen der städtischen Werke im Umfang von knapp 3 Millionen Franken erreicht werden kann, so stimmt dies nachdenklich. Der Bericht des Stadtrates spricht in diesem Zusammenhang zwar lediglich von einer Erhöhung um Fr. 1.9 Millionen, doch scheint mir, dass bei der entsprechenden Vergleichsrechnung die einmaligen Ablieferungen aus der Auflösung der Fonds für die Verselbständigung nicht berücksichtigt werden dürfen, und damit ergibt sich eben dann die Erhöhung von 3 Millionen Franken. Hier ist es wirklich an der Zeit, dass allgemeine Regeln für die Berechnung dieser Ablieferungen aufgestellt werden und ich hoffe, dass die entsprechende Strategiegruppe auch demnächst zu einem Schluss kommen wird.

Interessant erscheinen auch die Auswirkungen des Massnahmenpaketes "sh.auf". Aufgrund der Zusammenstellung in den Anträgen der GPK resultiert hier eine Mehrbelastung für die Stadt im Umfang von Fr. 233'000.--. Doch ist immerhin zu berücksichtigen, dass dafür mit der Übernahme des Zivilstandswesens durch den Kanton ein gewisser Ausgleich erfolgt. Zieht man nun noch den Wegfall der Provision bei der Erbschaftssteuer mit in die Berechnung ein, ergibt sich eine Kostenverschiebung zu Lasten der Stadt im Umfang von rund Fr. 85'000.--. Dies ist in Relation zum gesamten Budgetvolumen zwar keine grosse Summe, doch scheint es mir wichtig, dass sich dies nicht zu einem generellen Trend auswächst und aus den Massnahmen "sh.auf" regelmässig ein kleiner oder grösserer Mehraufwand für die Stadt resultiert. Hier sind Stadtrat und Verwaltung gefordert, und es ist mir klar, dass dies nach dem unerfreulichen Ausgang der Abstimmung über die Pensenvorlage nicht einfach sein wird. Doch zurück zum eigentlichen Voranschlag 2004 der Stadt Schaffhausen.

Angesichts der bisherigen Entwicklung - sinkende Steuereinnahmen u.a. durch zwei Steuerfussenkungen und die Annahme der Revision des Steuergesetzes auf kantonaler Ebene - wird es inskünftig nicht einfacher werden, ausgeglichene Budgets aufzustellen. Dies, auch wenn teilweise Mehreinnahmen - wie beispielsweise bei den Heimen - erzielt werden können. Auch wenn sich nun leicht positive Zeichen am Konjunkturhimmel abzeichnen - ich verweise auf die Herbstausgabe der von der Schaffhauser Kantonalbank herausgegebenen Wirtschaftstrends für die Region Schaffhausen - werden wir und auch der Stadtrat wohl nicht darum herum kommen, hier einmal grundsätzlich über die Bücher zu gehen. Wo Mehreinnahmen generiert werden können oder in welchen Bereichen nachhaltig gespart werden könnte oder sollte, ist letztendlich eine politische Entscheidung.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden im nächsten Herbst mit ihrem Wahlzettel entscheiden, in welcher Richtung sich hier die städtische Politik entwickeln wird.

Die OeBS/EVP/GB Fraktion wird auf das Budget eintreten und ihm auch zustimmen. Wir behalten es uns aber vor, in der Detailberatung noch Fragen und unter Umständen auch Anträge zu stellen. Abschliessend möchte auch ich noch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Verwaltung und den Exekutivmitgliedern für die kompetente Fragenbeantwortung im Rahmen der GPK-Verhandlungen danken."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Zu grossen Freudensprüngen hat der Voranschlag 04 in der FDP Fraktion nicht Anlass gegeben. Eher das Gegenteil war der Fall. Ein geplanter Fehlbetrag von knapp über drei Millionen Franken ist happig. Trotzdem danken wir dem Stadtrat und den zuständigen Verwaltungsstellen für den grossen Einsatz im Zusammenhang mit der Erstellung dieses Voranschlages, denn es hätte ohne weiteres noch schlechter aussehen können. Die FDP Fraktion hofft natürlich sehr auf den oder auf einen wirtschaftlichen Aufschwung in allernächster Zeit. Mehr Arbeitsplätze und mehr Steuereinnahmen würden die Stadt in den Bereichen soziale Wohlfahrt und Finanzen um einiges entlasten.

Die FDP-Fraktion hat das vorliegende Budget in Gruppen und im Plenum ausführlich analysiert und diskutiert. Dabei haben wir uns in einer Gruppe einmal mit der Sachgruppenstatistik auseinandergesetzt. So haben wir erkannt, dass wir unter Position 31 *Sachaufwand* mit einem Pauschal-Sparauftrag an den Stadtrat ein wesentlich kleineres Defizit erreichen könnten. Statt jetzt im Budget alle Fahrzeug-, Büromaterial- und Verbrauchsmaterial-Anschaffungen im Detail unter die Lupe zu nehmen, alle Aufträge an Dritte wie die Mitarbeit von Aussenstehenden in der Zonenplanrevisions-Kommission oder Untersuchungen betreffend aggressiver Neophyten im hinteren Herblingertal zu hinterfragen oder gar noch Honorare und Spesenentschädigungen hier zu diskutieren, werden wir den Antrag stellen, die ganze Position 31 auf Seite 7 sei um einen Betrag von 680'000 Franken oder 2,25% zu kürzen. So kommen wir auf ein Defizit von 2,5 Mio Franken, wobei unser Antrag vor allem dahin fokussiert, Aufträge an Dritte so weit wie möglich auszustauben. Wir sind der Meinung, dass diese Forderung vertretbar ist, und sie die zuständigen Stellen dazu ermuntert, auf alles was nicht dringend nötig ist zu verzichten.

Wenn dieser Geist durch den Stadtrat und durch die Abteilungen weht und man Wünschbares vom Nötigen in vielen kleinen Positionen trennen kann, so gibt das am Schluss eben nur noch einen Budgetfehlbetrag von 2,5 Millionen Franken. Wie gesagt, wir werden im Anschluss an die Detailberatung bei der Behandlung der Sachgruppenstatistiken diesen Antrag stellen - Reduktion der Position 31 um 680'000 Franken. Ich bitte Sie schon jetzt, diesen Antrag zu unterstützen.

Ansonsten wird die FDP-Fraktion auf den Voranschlag 04 eintreten. In der Detailberatung behalten wir uns noch vor, Anträge oder Fragen zu stellen. Den Anträgen des Stadtrates gemäss Botschaft wird die FDP zustimmen."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Das vorliegende Budget macht wenig Freude, obwohl - oder eben weil - es im Rahmen der Vorjahre liegt und kaum Überraschungen enthält. So ging nach meinem Empfinden auch die GPK relativ lustlos an die Beratung, versuchte aber immerhin, ebenfalls im üblichen Rahmen, Fehler und Einsparungspotential auszumachen. Da wir in diesem Jahr das Budget in verdankenswerter Weise rechtzeitig vor der Eintretensdebatte erhielten und uns damit einen groben Überblick verschaffen konnten, zeichnete sich bereits damals, also am 18. September, ab, dass die Zitrone ausgepresst und Änderungen kaum möglich sein werden.

Das bestätigte sich - leider - im Verlaufe der Beratungen. Das ist aber kaum verwunderlich angesichts des letzten Abschnitts auf Seite 2 der Botschaft des Stadtrates, der heisst: «Das Rohbudget zeigte dieses Jahr ein katastrophales Ergebnis. Der Stadtrat sah sich deshalb gezwungen, das Budget an die Abteilungen, versehen mit einem klaren Sparauftrag, zurückzugeben. Das Kader hat diesen Auftrag ernst genommen und die budgetierten Beträge auf ein absolutes Minimum reduziert.» Ich gehe davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Verwaltung bereits in der ersten Phase kosten- und verantwortungsbewusst geplant und kaum Luxus budgetiert haben. Was also ist wohl alles bereits in der Überarbeitung innerhalb der Verwaltung und nachher im Stadtrat aus Abschied und Traktanden gefallen? Wir, auch die GPK, wissen es nicht, man hört nur vielleicht zufällig dieses oder jenes.

Trotz intensiver Suche und hartnäckigem Nachfragen ist es der GPK deshalb nicht gelungen, das Budget wirklich zu verändern. Die einzige Einsparung, nämlich die Streichung des Trottoirausbaus im hinteren Mühletal, wirkt sich nicht einmal auf das Ergebnis der laufenden Rechnung aus. Einige marginale Änderungen ergaben sich noch aufgrund entsprechender Fragestellungen. Die wesentlichen Änderungen kamen jedoch von ausserhalb, da hatten wir keinerlei Einfluss, was aber symptomatisch ist für den kommunalen Haushalt. Aufgrund des rollenden Prozesses hat sich das Budget also, weitgehend ohne unser aktives Zutun, im Laufe der Beratungen in alle Richtungen verändert. Das Ergebnis vom 3. Dezember, welches wahrscheinlich heute noch aktuell ist, endet mit einem Defizit in der laufenden Rechnung von gut 3 Mio Franken. Also gerade noch so, dass ein positiver Rechnungsabschluss im Bereich des Möglichen liegt. Das ist also nicht beunruhigend, zu denken geben eher die immer noch schlechten Kennzahlen, das relativ tiefe Investitionsvolumen und eben alles, was im Rohbudget vorgesehen war und dem Rotstift zum Opfer fiel. Das werden auch einmal mehr diverse Positionen im Bereich des Gebäudeunterhalts sein, keine echten Einsparungen also, sondern Verschiebungen auf später. Auf einen Punkt, nämlich die dringende Sanierung der Werkräume im Gega-Schulhaus, werde ich in der Detailberatung noch zurückkommen.

Das Budget beinhaltet, wie eingangs erwähnt, weder Überraschungen noch Visionen, da der finanzielle Spielraum offensichtlich fehlt. Dazu haben natürlich die Steuersenkungen der letzten Jahre beigetragen, aber auch der Raubzug von Bund und Kanton auf die Gemeindefinanzen zur Entlastung ihrer eigenen Haushalte geht munter weiter.

Um da Gegensteuer geben zu können sowie für die Entwicklung von Visionen, die Umsetzung von eigenen sowie für das Engagement bei kantonalen Reformprojekten wäre eine leistungsfähigere städtische Exekutive wünschbar und nötig gewesen.

Nach dem Verdikt des Volkes wird dafür nun weiterhin Kapazität fehlen oder anderweitig beschafft werden müssen. Vielleicht wäre da auch das Parlament mehr gefordert; statt der blossen Suche nach weiteren Einsparungsmöglichkeiten müssten kreativ notwendige Investitionen und Reformen gefordert und allenfalls Prioritäten anders gesetzt werden. Da fehlt mir allerdings nach der Debatte an der letzten Ratssitzung der Glaube. Aber vielleicht bringt ja die flächendeckende Einführung von WoV die Lösung. Immerhin müssen dann für die Formulierung von Leistungsaufträgen Prioritäten und der Standard des gewünschten Service public diskutiert und definiert werden, was alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier, gerade im Budgetprozess, mehr fordern wird.

Es gilt in Zukunft, trotz noch immer schlechter Wirtschaftslage, Mittel und Wege zu suchen – und auch zu finden –, um die verbleibenden Spielräume optimal zu nutzen und ein positives Klima zu erzeugen. Denn eine Stadt ohne Visionen, welche als oberstes Prinzip sparen um jeden Preis vorgibt, Leistungen abbaut, kommunale Aufgaben an Private delegiert und die Infrastruktur nur mangelhaft unterhält, ist weder für Neuzuzüger noch für ansiedlungswillige Firmen attraktiv. Da ist es um jeden in Marketingmassnahmen investierten Franken schade.

Zum Schluss danke ich dem GPK-Präsidenten für die sachliche und ausführliche Berichterstattung zum vorliegenden Budget und zu den Beratungen der GPK. Der Dank gilt aber auch dem Ratssekretär, der immer den Überblick behält und sehr speditiv die ausführlichen Protokolle liefert. Anschliessen möchte ich auch den Dank an die Zentralverwaltung, die Finanzreferentin und die übrigen Exekutivmitglieder, welche unsere Fragen weitgehend zur Zufriedenheit beantworteten. Deshalb gilt der Dank natürlich auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, welche ja letztendlich die Grundlagen liefern müssen, und das jeweils kompetent und umfassend tun.

Die SP-Fraktion, welche dieses Budget auch ziemlich lustlos diskutierte, wird auf das Geschäft eintreten, eventuell im Detail den einen oder andern Antrag stellen und sowohl den Leistungsaufträgen der WoV-Pilotabteilungen als auch dem Budget gemäss den GPK-Anträgen zustimmen."

Theresia Derksen (CVP) Votum *

"Wir hätten uns vom Stadtrat ein ausgeglichenes Budget gewünscht. Das vorliegende Budget erfüllt unsere Erwartungen nicht. Trotz der Versicherung des Stadtrates, den klaren Sparauftrag ernst genommen und die budgetierten Beträge auf ein absolutes Minimum reduziert zu haben, glauben wir nicht, dass er das ganze Sparpotential ausgeschöpft hat. Einziger Trost bleibt da, dass in den letzten Jahren meist die Rechnung etwas besser als das Budget ausfiel.

Alle Sparmöglichkeiten auszuschöpfen gehört zum Auftrag des Stadtrates. Wir sind der Meinung, dass es nicht mehr angeht, Jahr für Jahr ein Defizit auszuweisen. Die Exekutive ist somit aufgefordert, die Führungsverantwortung wahrzunehmen. Dazu gehört auch, dem Parlament aufzuzeigen, wie ein ausgeglichenes Budget erzielt werden kann. Ob diese Vorschläge aus punktuellen Leistungskürzungen, effizienzsteigernden Massnahmen oder einer prozentualen Budgetkürzung bestehen würden, wäre dabei nicht von Belang. Das Parlament hätte zu entscheiden, welche Möglichkeit zur Verbesserung des Budgets es als politisch vertretbar erachtet.

Mit dieser Betrachtungsweise wären wir bei der wirkungsorientierten Verwaltung (WoV) angelangt. Da wüssten wir gerne, welche konkreten Schritte der Stadtrat dieses Jahr gemacht und welche weiteren Schritte er im kommenden Jahr hinter sich bringen will, um dem gewünschten Ziel näher zu kommen.

Dass die vorhandenen Mittel effizient eingesetzt werden, setzen wir voraus. Mit der baldmöglichsten Umsetzung der Strukturreform und der Einführung von WoV ist aber sicher noch mehr herauszuholen. Diese Projekte sind ohne Verzögerung in Angriff zu nehmen. Der Hinweis auf fehlende Stadtratspensen erübrigt sich, wenn alle Delegationsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Will der Stadtrat im nächsten Jahr ein ausgeglichenes Budget ausweisen, muss er das Ziel heute schon ins Auge fassen. Eine leichte Aufgabe wird es nicht sein. Das anerkennen wir ausdrücklich. Trotzdem muss dieses Ziel mit aller Kraft angestrebt werden.

Sorgen bereiten die immer noch massiv steigenden Kosten im Bereich „Soziale Wohlfahrt“. Auch wenn es Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung gibt, kann noch lange nicht von einer positiven Entwicklung im Arbeitsmarkt gesprochen werden.

In dieser heiklen Situation das vorliegende Budget zurückzuweisen, würde aber kaum die Wende zum Guten einleiten. Vielmehr wäre mit passivem Widerstand und lähmenden politischen Diskussionen zu rechnen, was die weitere Handlungsfähigkeit des Stadtrates in Frage stellen würde. Mit Blick auf die zwingend einzuleitenden Strukturreformen wäre das alles andere als wünschenswert.

Aufgrund dieser Überlegungen und mit den erwähnten Vorbehalten wird die CVP auf das Budget eintreten und ihm sowie auch den Anträgen der GPK zustimmen."

SR Veronika Heller Stellungnahme des Stadtrates

"Ich bin froh, dass Sie alle beschlossen haben, auf das Budget einzutreten. Ich habe Verständnis dafür, dass sich Ihre Begeisterung in Grenzen hält - meine auch.

"Alle reissen am Tischtuch"

... das entspricht wohl am ehesten dem, was den Stadtrat in den letzten Monaten am meisten beschäftigt hat.

Das gesamte Wissen der Welt verdoppelt sich mittlerweile etwa alle 5 Jahre. Alles sollte noch schneller gehen, noch grösser sein, das vorhergehende übertreffen. Aber: die Aufgeregtheits-Skala, meine Damen und Herren, ist nach oben nicht offen!

Ersichtlich wird ein Teil dieser Aufgeregtheit an den zusätzlichen Unterlagen, die Sie erhalten haben.

Der SR musste, nach einem Rohbudget, das im Sommer jeden Rahmen sprengte, die Abteilungen zuerst mit Brief nochmals an die Budgetweisungen erinnern und diese verpflichten, sich an die Resultate der Rechnung 2002 zu halten.

Im zweiten Anlauf hat das dann geklappt.

Kaum hatte der SR das Budget '04 mit einem Ausgabenüberschuss von 2,5 Mio in der **Laufenden Rechnung** und 10,8 Mio in der Investitionsrechnung verabschiedet (vgl. Botschaft vom 9. September 2003), liess uns der Regierungsrat wissen, wir müssten dann noch zusätzlich 800'000 Franken für die Pensionskasse vorsehen.

So ist es weiter gegangen. Wir hätten jede Woche neu schreiben können, und so haben wir uns auf das Wichtigste beschränkt. Wir haben vom GPK-Präsidenten ausführlich gehört, wie diese Zahlen im wesentlichen aussehen.

Schliesslich und endlich hatte die Abstimmung vom letzten Sonntag zum Steuergesetz noch Konsequenzen. Diese Vorlage war, der Praxis der Stadt entsprechend, nicht budgetiert. Die Annahme des Steuergesetzes hat zur Folge, dass wir dadurch einen Einnahmefall von 2 Mio Franken haben werden. Wir werden diesen - wie der Kanton - 1 : 1 durch die Reduktion der Steuerrestanzen auffangen. Dazu werde ich mich bei der Detailberatung entsprechend äussern. Das Niveau der Steuereinnahmen entspricht damit demjenigen von 1994!

Bei der **Investitionsrechnung** hat es ebenfalls noch gewisse Änderungen gegeben, auch diese sind ausgewiesen und relativ marginal.

Das alles ist überhaupt nicht berauschend. Der Selbstfinanzierungsgrad von 42,5 % ist weit von dem entfernt, was wir gerne hätten. Viel dicker wird es aber in den nächsten Jahren noch kommen:

Beim Bund steht das Steuerpaket 2001 an. Zum Glück hat der Kanton das Referendum dagegen auch ergriffen und als historisch achter Kanton dazu beigetragen. Der gesamte Regierungsrat und der Stadtrat ebenfalls werden im Komitee sein.

Da kann ich Ihnen die Zahlen sagen. Wenn Sie es ganz genau wissen wollen, dann können Sie die Vorlage des Regierungsrates vom 12. Aug. 03 anschauen - Auswirkungen auf den Kanton SH und die Gemeinden (Seite 16, Ziff. 5 der Vorlage).

Ehe- und Familienbesteuerung ab 2009:

7,5 Mio Franken pro Jahr oder 4 Steuerfusspunkte weniger beim Kanton.

Bei der Stadt werden es 3,75 Mio Franken Mindereinnahmen oder auch in etwa 4 Steuerfusspunkte sein.

Systemwechsel bei der Mietwertbesteuerung ab 2009:

Einbusse beim Kanton 5 Mio Franken pro Jahr

Einbusse bei der Stadt 2,5 Mio Franken oder ca. 2 3/4 Steuerfusspunkte.

Alles zusammen ergibt Einnahmefälle bei der Stadt von 6,25 Mio Franken oder 6 3/4 Steuerfusspunkte ab 2009.

Bei der direkten Bundessteuer büsst der Kanton schon ab 2005 jährlich 3,7 Mio Franken ein. Nach den Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, besteht die Gefahr, dass der Kanton dies bei den Gemeinden kompensieren wird.

Deshalb bitte ich auch die VertreterInnen jener Parteien, welche dieses Steuerpaket sensationell gut finden, dafür Verständnis zu haben, dass wir dieses Paket nicht gut finden.

Wenn das Volk diesem zustimmt, werden wir den demokratischen Entscheid akzeptieren. Aber wir müssen schon im Abstimmungskampf klar und deutlich sagen, was das für Konsequenzen hat, weil wir wirklich keine Lust haben, auch hier den Schwarzen Peter einzusammeln und uns bezüglich unbefriedigender Budgets rechtfertigen zu müssen. Der finanzielle Spielraum wird dadurch entsprechend reduziert.

Weiter haben wir beim Bund noch ein Entlastungsprogramm 2003. Da sind Ausfälle auch sicher, in der Höhe aber noch nicht quantifizierbar. Hierzu können Sie die stadträtliche Antwort zur Kleinen Anfrage von GrSR Raphaël Rohner zur Kenntnis nehmen.

Schliesslich hat der Bund das Entlastungsprogramm 2004 auch schon auf den Weg geschickt; auch dieses wird weh tun.

Der Kanton hat einen Finanzplan 2004 - 2007. Dort ist ersichtlich, dass Gelder aus dem neuen Finanzausgleich des Bundes als sozio-demogr. Entschädigungen für den Kanton SH vorgesehen sind, die wahrscheinlich in der Kantonskasse landen werden. Die Stadt SH trägt jedoch 3/4 aller Sozialhilfekosten im Kanton Schaffhausen.

Das Entlastungsprogramm 2 des Kantons ist laut Medienmitteilung vom 5. November 2003 auch bereits unterwegs. Die vorgesehenen Einsparungen werden auch die Gemeinden zu spüren bekommen; das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Da kann man schon sagen: Die Begeisterung fehlt. Die Situation ist wirklich nicht sehr erbaulich und berauschend. Aber auch im Zusammenhang mit "sh.auf", Peter Möller, braucht es Mehrheiten im Kantonsrat. Wenn man diese erreichen will, braucht man Zeit. Bezüglich meiner Motion, einen Anteil an den Bundessteuer-Einnahmen für die Standortgemeinden der steuerbefreiten Firmen zu erhalten, haben Sie gesehen, was passiert ist. Von der Anzahl Unterschriften her hätte es reichen müssen, dass dem Regierungsrat wenigstens ein Auftrag erteilt worden wäre. Aber da ist einer nach dem anderen abgebröckelt, in die Gebüsche verschwunden. Wir sind mit unserem Vorstoss gescheitert, wir werden uns wieder etwas einfallen lassen.

Ein anderes Beispiel beim öffentlichen Verkehr.

Von den ungedeckten Kosten im öV im Kt. SH ohne LSVA - von der sehen wir ja auch nichts - und ohne die Schifffahrtsgesellschaft bezahlt die Stadt praktisch 50 Prozent. Ich habe gestern gesehen, dass der Kanton am Freitagvormittag beschlossen hat, dass es zum Agglomerationsverkehr ein Hearing gibt - ausgerechnet an jenem Tag, wo man sehr wahrscheinlich gewusst hat, dass der Stadtrat seine Klausurtagung abhalten wird. Wenn das ein Zufall ist Zum Glück haben wir einen fähigen Direktor der VBSH, welcher uns kompetent vertreten wird.

Ich könnte diese Liste noch erweitern.

Bezüglich WoV kann ich nach Rückmeldungen meiner Leute sagen, dass diese erfreut sind, dass es jährliche Fortschritte gibt und sie mit anderen Fragestellungen an ihre Aufgaben heran gehen können. Sie möchten aber auch wissen, wie es weiter geht. Wie Sie wissen, werden wir WoV mit den Leistungsbereichen koordinieren. Wir werden uns anfangs Januar 04 entscheiden, wie es weitergehen soll, wenn wir etwas klarer sehen.

Wie der GPK-Präsident und die FraktionssprecherInnen möchte auch ich allen MitarbeiterInnen danken, welche entsprechend mit geholfen haben, dass das Budget einigermaßen im Rahmen blieb. In den Dank schliesse ich auch René Gisler ein. Er hat uns wirklich sehr gut begleitet. Ich schliesse aber auch die gesamte GPK, insbes. deren Präsidenten Fredy Zollinger in diesen Dank ein. Er hat jetzt nicht nur sehr gut über die Arbeit berichtet, er hat die Beratungen auch gut geführt.

Was mir ganz wichtig scheint bei allen Problemen, die wir zu bewältigen haben, ist, dass wir die Energien nicht in seltsamen Grabenkämpfen vergeuden. Die Beratungen haben mir sehr viel Freude bereitet, sie fanden in einer sehr sachlichen Atmosphäre statt. Ich bin dafür sehr dankbar, das ist nicht selbstverständlich.

Ich hoffe nun, die Atmosphäre heute abend sei ebenfalls eine freundliche und bitte Sie, auf das Budget 2004 der Stadt Schaffhausen einzutreten und den Anträgen des SR gemäss Botschaft, bzw. den Anträgen der GPK zuzustimmen.

Für weitere Fragen stehen wir, wie immer, zur Verfügung. Wir werden versuchen, diese zu Ihrer Zufriedenheit zu beantworten. Besten Dank."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Leistungsauftrag/Globalbudget 2004 der 5 WoV-Abteilungen

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.

Seite 7 - 12	<u>Altersheim Steig</u>	Keine Wortmeldungen
Seite 13 - 18	<u>Stadtarchiv</u>	Keine Wortmeldungen
Seite 19 - 23	<u>Stadtgärtnerei</u>	Keine Wortmeldungen
Seite 25 - 31	<u>Steuerverwaltung</u>	Keine Wortmeldungen
Seite 33 - 38	<u>Vormundschafts- und Erbschaftsamt</u>	Keine Wortmeldungen

Voranschlag 2004 gemäss Buch

III. Laufende Rechnung ab Seite 13

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen.

Seite 42/43 **3010 Museum zu Allerheiligen / 3019 Museum Stemmler**
Christian Meister (SVP)

"Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kurze Mitteilung aus dem Landboten vom 22. November 2003 zu zitieren:

"Bisher konnten Museumsbesucherinnen und -besucher in Winterthur die städtischen Institutionen kostenlos nutzen.

Nun führt die Stadtverwaltung aber Eintrittspreise ein. Den Start machen das Gewerbemuseum und die Uhrensammlung Kellenberger am 14. Dezember 03 anlässlich der Eröffnung einer neuen Wechselausstellung.

Ab Januar 2004 folgen die anderen Museen. Die Preise kommen zwischen 3 und 8 Franken zu liegen, das Kulturdepartement rechnet mit jährlichen Einnahmen von rund 120'000 Franken.

Mit einem Besucherrückgang müsse wegen dieser Massnahme zwar gerechnet werden, doch dürfte die moderate Preispolitik den Schaden in Grenzen halten, schätzt Departementsvorsteher Ernst Wohlwend."

Glück für den Stadtrat, der in dieser Frage nicht den Rat fragen muss. Der Departementsvorsteher, der die Eintrittsgebühren in Winterthur wieder eingeführt hat, ist übrigens Mitglied der SP!"

Seite 44 **3020 Stadttheater (Pos. 318.405 und 434.002)**

Christian Meister (SVP)

"Ich weiss nicht, ob auch Ihnen das aufgefallen ist.

Die Differenz zwischen den Einnahmen aus dem Verkauf von Billetten und dem Aufwand für die Gastspielbühnen wird jedes Jahr grösser.

2002 betragen diese Ausgaben noch 86,5% der Einnahmen.

Im Budget 2003 betragen die Ausgaben bereits 108,2% und für das Budget 2004 liegt dieser Prozentsatz bereits bei 112,2%.

Auch hier ganz klar die Forderung: Bitte analysieren Sie diese Zahlen.

Entweder müssen die Preise erhöht werden oder dem Schaffhauser Publikum muss ein besseres Programm geboten werden, so dass wieder mehr Abonnemente verkauft werden können.

Gleichzeitig sollte das Angebot von Kulturanlässen, die beim durchschnittlichen Schaffhauser Publikum gar keinem Bedürfnis entsprechen, gleich gestrichen werden, was den Aufwand für Gastspielbühnen reduziert."

SR Thomas Feurer verweist auf den Voranschlag 2002, wo man bei diesen Positionen im Aufwand Fr. 1 Mio und beim Ertrag Fr. 900'000.-- budgetiert hatte. Aus der Rechnung 2002 ist jedoch ersichtlich, dass die Einnahmen tatsächlich Fr. 1'135'000.-- betragen, während sich der Aufwand im budgetierten Rahmen, nämlich bei Fr. 982'000.-- hielt. Der Kulturreferent fordert den Votanten auf, getrost auf die Rechnung 2003 zu warten. "Sie werden eine positive Überraschung erleben."

Seite 46 **3095 Übrige Kulturförderung**

365.100 Kulturförderung, Leistungsvereinbarung

Betrag gemäss Antrag GPK von Fr. 290'000.-- korrigiert auf Fr. 137'500.-- bzw. Übertrag von Fr. 152'500.-- auf neue Pos.

365.108 Kulturförd. Beiträge an städt. Vereinig. + Institutionen

Josef Eugster (SVP) verweist auf die Tatsache, dass lediglich über den Betrag von Fr. 137'500.-- Leistungsverträge abgeschlossen sind.

"Ich beantrage, dass die Position 365'108 ersatzlos gestrichen wird." Er begründet dies nebst dem Hinweis auf die schwierige Finanzsituation der Stadt auch mit der Feststellung, dass unter der Pos. 365'103 "Kulturförderung freie Kulturschaffende" noch ein Betrag von Fr. 110'000.-- ausgewiesen sei.

SR Th. Feurer merkt an, dass es nicht angehe, eine Position so einfach aus der Hüfte heraus abzuschliessen. Die in der neuen Pos. 365'108 enthaltenen Beiträge liefen bis dato immer über die Pos. 365'100. Es wurde jedoch von der GPK aus Transparenzgründen gefordert, dass unter der Pos. 365'100 nur noch jene Beträge verbucht werden dürfen, welche auf Leistungsvereinbarungen beruhen. Der Kulturreferent weist im übrigen noch darauf hin, dass der budgetierte Aufwand 2004 für die gesamte Gruppe 3095 wie schon im Budget 2003 ca. 44'000 Franken unter der Rechnung 2002 liegt. SR Thomas Feurer bittet den Rat, nicht einen solchen tiefen Einschnitt im Budget vorzunehmen, mit dessen Betrag die Stadt ca. 100 - 150 Vereine u. Institutionen unterstützt.

Josef Eugster (SVP) vertritt die Ansicht, dass man problemlos auf den Betrag von Fr. 137'500.-- - abgeschlossene Leistungsvereinbarungen - herunterfahren könne. "Ich halte an meinem Antrag fest."

SR Th. Feurer weist darauf hin, dass die Stadt bis zum letzten Jahr noch gar keine Leistungsvereinbarungen abgeschlossen hatte. LV für Subventionsempfänger wurden dann ab einem Betrag von Fr. 10'000.-- abgeschlossen. "Mit dieser Streichung würde man alle jene Vereine und Institutionen bestrafen, welche seit Jahren Beiträge unter Fr. 10'000.-- bekommen haben. Da bestrafen wir die Kleinen. Wir werden in den nächsten Jahren noch mehr Transparenz liefern."

Bernhard Egli (OeBS) ersucht den Rat, auf diese Streichung zu verzichten. Er sieht einen Weg eher in die Richtung, dass die Stadt versucht, möglichst viel via Leistungsvereinbarungen abzuwickeln. Wie weit dies für Kleinbeiträge Sinn macht, ist aber auch zu bedenken.

Peter Kämpfer (SP) beantragt dem Rat, diese Position (365.108) so stehen zu lassen. "In diesem Topf versteckt sich ein grosser Teil des kulturellen Lebens in dieser Stadt. Die GPK überprüft jedes Mal bei der Rechnung die Vergabe dieser Beiträge im Detail. Wir verlangen jeweils eine Liste und kontrollieren diese. Wir konnten bis anhin keinen Missbrauch feststellen."

Josef Eugster (SVP) erklärt, dass es nicht um die Frage des Missbrauchs gehe. Er verweist nochmals auf die Pos. 365'103, wo auch noch Fr. 110'000.-- für Kulturförderung budgetiert sind.

SR Th. Feurer gibt zu bedenken, dass es hier nicht um Beiträge für ad hoc - Gesuche von Vereinen und Institutionen geht, sondern um Einzelbeiträge unter Fr. 10'000.--, welche den Vereinen seit vielen Jahren zugestanden werden. Der Kulturreferent erinnert an das Intermezzo, welches der SR vor einigen Jahren erlebt hat, als er 10% dieses Budgetbetrages gestrichen hat.

"Da wurden wir monatelang bombardiert mit Briefen von Leuten, die das überhaupt nicht verstanden haben. Wenn wir hier mit dem Segen des Parlamentes einen Einschnitt machen - das müssen wir uns länger überlegen. Ich kann Ihnen sagen, dass dies nicht ohne spürbare Folgen an Ihnen vorbei geht."

Kurt Zubler (SP) findet den Antrag von Josef Eugster etwas abstrus, weil er sich auf den GPK-Antrag abstützt, der lediglich eine saubere Ausscheidung zwischen Beiträgen mit und ohne Leistungsvereinbarung zum Ziel hat. "Damit löst Du das aus, was Bernhard Egli angetönt hat, dass man noch mehr Leistungsvereinbarungen abschliessen sollte. Diese wären dann ja von einer Streichung nicht betroffen. Es ist sinnlos, bei kleinen Beiträgen eine LV abzuschliessen. Du wärst der Erste, der die ausgelöste Bürokratie kritisieren würdest. Das liegt völlig schräg in der Landschaft. Ich bitte Dich, Josef Eugster, Vernunft anzunehmen."

Roland Schöttle (FDP) äussert ein gewisses Verständnis für das grundsätzliche Anliegen von GrSR Eugster, dass man überall nach Sparmöglichkeiten suchen muss. "Aber hier denke ich tatsächlich, das wäre falsch. Man meint den Sack und schlägt den Esel. Ich denke wirklich, dass ein grosses Potential an Kultur - ob es einem im Detail passt oder nicht - genau hier abgedeckt wird, und deshalb dem SR auch weiterhin ein Instrument zur Verfügung stehen soll. Ich mache Dir gerne beliebt, diesen Antrag zurück zu ziehen."

Josef Eugster (SVP) schlägt im Sinne eines Kompromisses vor, die Positionen 3095 365.100 und 365.108 von total Fr. 290'000.-- auf Fr. 240'000.-- zu reduzieren.

Esther Bänziger (SP) findet dieses Vorgehen unseriös. "Ihr seid bestens in der GPK vertreten und könnt solche Sachen ganz sorgfältig in der GPK anschauen. Das muss man nicht hier bringen. Das ist wirklich unseriös."

SR Th. Feurer: "Wenn wir das so machen, so müssen wir uns warm anziehen. Er bittet an dieser Stelle den anwesenden Zentralverwalter Thomas Jaquet einige Beiträge zu verlesen von Subventionsempfängern, mit denen keine LV abgeschlossen wurden." Th. Jaquet nennt als Beispiele Polizeimusik, Int. Bachgesellschaft, Handharmonika-Club, Kammerorchester, Männerchor Herblingen, Frauenchor Herblingen, Stadtharmonie Schaffhausen, Stadtmusik SH, Kunstverein SH, Salonorchester, Fakos usw.

"Wenn Sie diese Beiträge nicht mehr sprechen wollen, so ist Ihnen der fasnächtliche "Chnorz" gewiss... ."

Josef Eugster (SVP): "Ich muss Dir schon sagen, Thomas Feurer, das tönt wie eine Drohung: Wenn Ihr so etwas tut, dann hört Ihr von denen etwas! Das ist schon unglaublich Es gibt noch andere Wege, wo man etwas bewirken kann. Ich ziehe meinen Antrag zurück."

Seite 59	5000 AHV	360.000 Beiträge an die AHV und EL	6'855'500.--
	5100 IV	360.001 Beitrag an die eidg. IV	3'430'000.--

Roland Schöttle (FDP) stellt fest, dass die Stadt SH hierfür über 10 Mio Franken aufwändet und bittet die Finanzreferentin um eine Erklärung.

SR Veronika Heller erklärt, dass dies der sogenannte "grosse Topf" sei - der AHV/IV-Topf. "Dieser Topf wird kantonal geführt aufgrund der Bundesgesetzgebung. In diesen Topf fliessen unsere Beiträge, die Beiträge der anderen Gemeinden, jene des Kantons, das Ergebnis der Kantonalbank-Ablieferung, die Ablieferung des EKS. Daraus werden zum grössten Teil die Ergänzungsleistungen finanziert.

Zu "Urzeiten", wo wir es uns noch leisten konnten, von den Nachkommen Erbschaftssteuern zu erheben und man diese dem AHV/IV-Topf gegenüber gestellt hat, hat man meistens zwischen 6 - 8 Mio Franken pro Jahr vorwärts gewirtschaftet. Das ist heute leider nicht mehr so... .

Roland Schöttle (FDP) möchte noch wissen, worauf es begründet sei, dass die Stadt diese Beträge abliefern muss.

SR Veronika Heller antwortet, dass dies auf dem Bundesgesetz basiert. "Es ist ein dreistufiges Beitragsverfahren, d.h. der Bund verpflichtet die Kantone, diese Töpfe zu führen. Der Kanton muss diese speisen und die Gemeinden müssen Beiträge leisten. Der Kanton sagt uns jedes Jahr, wie viel er will. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen."

Seite 80 **6210 Parkgebühren**
434.016 - 434.021 (Einnahmen)

Erwin Sutter (EDU) vermisst hier eine Position mit den Einnahmen aus den Parkgebühren des Landhaus-Areals. Er verweist auf den Umstand, dass wir den SBB Fr. 170'000.-- pro Jahr für das Land bezahlen müssen. Es ist ihm zwar bekannt, dass vorgesehen ist, dieses Land irgendwann im Baurecht abzugeben, wenn sich ein Investor finden lässt. Er vertritt die Meinung, dass man die vorgesehenen Parkplatzgebühren von ca. Fr. 160'000.-- auch hätte budgetieren müssen. Frage: Weshalb wurde nichts budgetiert?

Stadtpräsident Marcel Wenger verweist auf die Position 6210 434.016 (2,6 Mio. Franken). "Dies ist eine Sammelposition. Ich habe die Details nicht hier, werde Ihnen jedoch Ihre Frage bilateral - vielleicht nach der Pause - beantworten."

Seite 83 **7201 Kehricht- und Sperrgutabfuhr**
434.024 Gebühren für die Beseitigung von Kehricht u. Sperrgut

SR Veronika Heller: Ich bin der GPK noch eine Antwort schuldig, weshalb die Kehrichtgrundgebühr nicht mit den Steuerrechnungen in Rechnung gestellt wurden.

1. Gemäss Steuergesetz ist die Steuerzugehörigkeit für das ganze Jahr per 31.12. massgebend. Zieht eine Person per 1.7.2003 nach Schaffhausen, ist sie für das ganze Jahr in Schaffhausen steuerpflichtig, für die Kehrichtgebühr jedoch nur für 6 Monate. Umgekehrt, wenn jemand am 30.11.2003 z.B. nach Zürich zieht, ist er für das ganze Jahr in Zürich steuerpflichtig, für die Kehrichtgebühr jedoch für 11 Monate in Schaffhausen.

2. Personen ab dem 18. Altersjahr sind bei der Kehrrechtgebühr selber gebührenpflichtig. Mit dem Kinderabzug konnte man dies nicht regeln, da Abzüge über das 18. Altersjahr hinaus erfolgen, zum Teil bis zum 25. Altersjahr. Es gibt ja auch noch Unterschiede, je nachdem, ob Jugendliche im eigenen Haushalt oder bei den Eltern leben. Steuerlich können wir dies nicht auffangen.

3. Bei den Firmen, jur. Personen und Einzelfirmen werden Abgaben nach Anzahl der Beschäftigten vorgenommen. In den Unterlagen der Steuerverwaltung ist die Anzahl der Beschäftigten in der Regel nicht auszumachen, deren Eruiierung wäre mit zusätzlichem Aufwand verbunden.

4. Gemäss Alfred Stamm, Finanzkontrolle, hätte es weitere Probleme gegeben: die Kehrrechtgebühr passt nicht ins Steuerwesen; eine Gebühr ist eine völlig andere Art von Abgabe. Ebenfalls hätte es in Sachen Inkasso Probleme gegeben. Was ist, wenn einer alle Steuern bezahlt, die Gebühr jedoch nicht? Die Rechtsmittelverfahren sind nicht dieselben; für einen allfälligen Erlass gelten nicht dieselben Voraussetzungen.

Dies sind die Gründe, weshalb die Kehrrechtgrundgebühren einstweilen nicht über die Steuerrechnung laufen können. Es kann sein, dass dies weiter entwickelte EDV-Programme vielleicht einmal möglich machen. Aber im Moment geht das leider nicht."

Seite 88 **7900 Planung**

318.511 Bauordnungsrevision Fr. 40'000.--

Roland Schöttle (FDP) verweist auf den Kommentar zu dieser Position, wo steht: "*Die Begleitung des externen Planungsbeauftragten wird im Budgetjahr 2004 noch notwendig sein.*"

"Ein grosser Teil der SPK ist der Meinung, dass dem nicht so ist... . Ich stelle hiermit den Antrag, dass dieser Budgetposten um Fr. 20'000.-- auf neu Fr. 20'000.-- reduziert wird. Ich bin der Meinung, dass der externe Berater - nachdem nun ein vollamtlicher Planer in der Stadt wieder tätig ist - nicht mehr benötigt wird, und die restlichen 20'000 Franken für die skizzierten Kosten für die Volksabstimmung (Unterlagen Bauordnung/Zonenplan) verwendet werden sollen."

SR Kurt Schönberger plädiert dafür, diesen Betrag nicht zu reduzieren. "Ich kann Ihnen zusichern, dass wir dafür sorgen werden, dass dieser Budgetposten nicht voll aufgebraucht wird. Wir müssen aber zuerst mit dem externen Planer Silver Hesse die vertraglichen Bedingungen überarbeiten und auf ein erträgliches Mass zurück führen."

Esther Bänziger (SP) appelliert als Mitglied dieser SPK ebenfalls an den Rat, den Betrag nicht zu reduzieren. "Ich erlebe Silver Hesse in dieser Kommission als sehr kompetent. Er hat den ganzen Prozess begleitet und bringt gute Facts ein. Auch unser neuer Stadtplaner ist sehr kompetent, hat sich sehr gut eingearbeitet, aber er war nicht von Anfang an dabei."

Roland Schöttle (FDP) vertritt die Meinung, "dass unser jetziger Stadtplaner sich nicht nur gut eingearbeitet, sondern von Grund auf eine Kompetenz hat, um uns die entsprechenden Fragen zu beantworten.

Im übrigen ist jeder Vertrag mit einem Planer gemäss Auftragsrecht jederzeit kündbar - nur nicht zur Unzeit."

Bernhard Egli (OeBS) unterstützt als Mitglied der SPK den Kürzungsantrag von R. Schöttle. Er vertritt die Meinung, dass die Begleitung durch S. Hesse während der Zeit, wo die Stadt keinen Planer hatte, absolut gerechtfertigt war. Der neue Planer sei jedoch gut eingearbeitet, da er schon vor seinem Stellenantritt bei der Stadt Planungsaufträge seitens der Stadt bearbeitet habe. Der Votant findet es nicht nötig, dass die Arbeit der SPK jetzt noch durch einen externen Berater begleitet werde, welcher an jeder zweiten Sitzung ein paar Sätze sage, welche ebenso von einem der Chefbeamten gesagt werden könnte

Hans Peter Huber (SVP) versteht grundsätzlich das Anliegen von Roland Schöttle. "Ich bin aber der Meinung, dass Silver Hesse als auswärtiger Planer vielleicht gewisse Dinge etwas anders anschaut als unsere Chefbeamten der Stadt oder auch wir als Parlamentarier. Ich hatte in den vielen Sitzungen, die wir bisher gehabt haben, den Eindruck, dass S. Hesse viele Sachen neutraler beurteilt als unsere Chefbeamten und die Mitglieder der SPK."

Alfred Zollinger (SVP) äussert sich als Präsident dieser SPK.

"Ich möchte Ihnen beliebt machen, diese 40'000 Franken unverändert im Budget zu belassen. Ich habe Roland Schöttle an der letzten Sitzung gesagt, dass wir von Fall zu Fall schauen, wen wir beiziehen wollen. Im Hinblick auf die Revision der Bauordnung werden wir froh sein, wenn noch ein Spezialist dabei ist; das wird nicht an jeder Sitzung nötig sein. Die Streichung bringt nichts."

SR Kurt Schönberger attestiert, dass die Stadt mit Herrn Wolter einen sehr kompetenten Stadtplaner bekommen hat. Der Baureferent weist darauf hin, dass sich die SPK bis anhin zur Hauptsache mit den Änderungen des Zonenplanes befasst hat. In diesem Bereich ist Herr Wolter ein Fachmann. "Nun haben wir den zweiten Teil vor uns, die Bauordnung. Bei der Grundlagenerarbeitung war Silver Hesse dabei zusammen mit Urs Staub †. Dieses Wissen kann Herr Wolter nicht haben. Wir sind bereit, bei der Zonenplanänderung Herrn Hesse stark zurück zu nehmen und dieses Mandat Herrn Wolter zu übertragen, aber wenn es um die Bauordnung geht, dann brauchen wir dieses Wissen. Wir alle können davon nur profitieren."

Roland Schöttle (FDP) erklärt, dass er an seinem Antrag festhalten will.

Esther Bänziger (SP) nimmt kurz Bezug auf den letzten Satz des Votums von Bernhard Egli. Sie kontert, dass es auch Chefbeamte gebe, die regelmässig den SPK-Sitzungen beiwohnen und sehr kompetent sind, welche je nach Thema aber auch während einer ganzen Sitzung nichts zu sagen haben. "Wir brauchen sie aber von Fall zu Fall, und genau so verhält es sich mit dem externen Planer. Wir haben schon externe Berater an Orten gehabt, wo sie weniger wichtig gewesen wären."

ABSTIMMUNG

Der Rat lehnt die von Roland Schöttle (FDP) beantragte Kürzung um Fr. 20'000.-- mit 25 : 15 Stimmen ab. Somit bleibt der volle Betrag von Fr. 40'000.- im Budget.

Seite 97 **9000 Gemeindesteuern**

400.000 Einkommens- und Vermögenssteuern

Edgar Mittler (FDP): "Seit Jahren moniere ich jeweils an dieser Stelle die Art und Weise der Verbuchung der Steuereinnahmen. Während in allen Gemeinden die Steuerguthaben als Debitoren - also nach vereinbartem Entgelt - verbucht werden, hält die Stadt Schaffhausen bis zum heutigen Tag hartnäckig am vereinnahmten Entgelt fest.

Ich bedaure, dass es zuerst einer Kleinen Anfrage von Frau Annelies Keller im Kantonsrat bedurfte, bis nun auch unsere Finanzreferentin reagierte. Überall stiess ich mit meinem Anliegen auf taube Ohren, sowohl bei Frau Heller wie auch bei der Zentral- und Steuerverwaltung. Entweder war man nicht zuständig, d.h. man reichte die heisse Kartoffel weiter oder ich erhielt die Antwort, eine Änderung der Verbuchung der Steuereinnahmen würde zu einer künstlichen Erhöhung der Einnahmen führen und sei im Prinzip nur eine Umbuchung.

Nun plötzlich können also 2 Mio Franken Steuerrestanzen aufgelöst werden. Warum gerade 2 Mio und nicht 3 oder 4 Mio Franken? Beim Kanton betragen diese stillen Reserven 16 Mio Franken oder über 50%. Die Steuerverwaltungen selbst gewähren Unternehmen gemäss anerkannter Steuerpraxis Delkredere-Wertberichtigungen von 5%. Der Staat selbst hält sich allerdings nicht an diese Vorgaben.

Wieviel betragen diese Reserven in der Stadt? Mir fehlt hier ganz einfach die Transparenz, und ich erwarte bis zum Rechnungsabschluss 2003 eine detaillierte Aufstellung der relevanten Zahlen. Auch erwarte ich mit der Rechnung 2003 einen Systemwechsel, damit im ganzen Kanton endlich einheitliche Grundsätze bei der Verbuchung und Bewertung der Steuereinnahmen angewendet werden."

SR Veronika Heller: "Bevor ich meinen angekündigten Antrag stelle, kann ich vielleicht Edi Mittler fragen, ob er sich weiland als Finanzkontrolleur nicht durchsetzen konnte. Ich habe die Art und Weise der Verbuchung geerbt, die habe ich nicht neu erfunden. Wir werden schauen, was wir da machen können, wie sich die Sache entwickelt. Es ist auch so, dass sich der Kanton dagegen gewehrt hat, dass man da Sachen macht - aus verschiedenen Gründen.

Nebst den ca. 15 "sh.auf"-Projekten gibt es auch eines, welches sich mit den Steuern befasst. Dort geht es darum, dass der Kanton die Steuererträge lieber direkt selber vereinnahmen würde und uns dann sagen würde, wie viel "Taschengeld" die Kommunen noch bekommen. Dagegen wehre ich mich mit Händen und Füßen - ob mit Erfolg weiss ich jetzt noch nicht. Ich gehe davon aus, dass wir im Laufe des nächsten Jahres hier erste Ergebnisse haben werden. Dann werden wir weiter schauen.

Man muss sich aber etwas bewusst sein. Steuerrestanzen - hierfür müssen wir eine Extraposition machen - sind erst in der Rechnung wieder ausgewiesen. Wir haben zwei Arten. Bei den Steuerrestanzen des Jahres 2002 und der Vorjahre wissen wir mittlerweile beim grössten Teil, welche Debitoren wir haben. Ob diese dann bezahlen können, wissen wir noch nicht. Für das Jahr 2003 wissen wir noch nicht Bescheid. Wir wissen nicht, was die Leute uns schuldig sind. Das können wir nicht wissen, weil es eine Frage des Systems ist. Bei der zweijährigen Veranlagungs-Periode wussten wir viel länger nicht, was die Leute uns schulden als bei der einjährigen. Wir sind aber auch nicht ganz zufrieden. Eigentlich wäre die einjährige Vergangenheitsbesteuerung, die uns am schnellsten zu konkreten Ergebnissen führen würde. Wir werden schauen, was wir da machen können. Versprechen kann ich Ihnen nichts.

Den Antrag haben Sie erhalten. Die Stadt hat bisher usanzgemäss Beschlüsse, die der Volksabstimmung unterliegen, nicht budgetiert. Nachdem das Abstimmungsergebnis bzgl. Steuergesetz bekannt war, hat der Stadtrat sofort gehandelt. Der SR hat mit Datum 2. Dezember 03 den Beschluss gefasst, dass wir das noch ins Budget 04 aufnehmen.

Die Position 9000 400.000 Einkommens- u. Vermögenssteuern muss um den Betrag von Fr. 2 Mio auf neu Fr. 93,5 Mio Franken zurück gefahren werden. Die Kompensation erfolgt über das neue Konto 9000 400.003 "Auflösung Steuerrestanzen Gemeindesteuern" in der Höhe von Fr. 2'000'000.--. Die Höhe des Steuerausfalls und damit auch der Kompensationsbetrag basiert auf Schätzungen des Kantons. Die Finanzhoheit liegt beim Kanton.

Christian Hablützel (SP): "Ich möchte einige ergänzende Bemerkungen zu dieser Position machen. Diese Auflösung von Steuerrestanzen verhindert eine Steuerfusserhöhung. Aber wir können nicht ewig das Sparschwein der Kinder schlachten, um Fehlbeträge in der Laufenden Rechnung auszugleichen. Das was hier geschieht ist nichts anderes als Auflösung von Reserven. Das können wir einmal, vielleicht zweimal tun.

Ich möchte Sie sehr bitten, ein Auge darauf zu halten in dieser Frage. Wenn wir Steuerausfälle beschliessen, müssen wir uns klar sein, dass die Kompensationsmöglichkeiten irgendwann ausgeschöpft sein werden. Das heisst, dass wir auch Steuerfusserhöhungen als Kompensation nicht ausschliessen können."

Peter Wullschleger (CVP): "Ich spreche auch noch zu dieser Position 9000 400.000. Es wäre ja wirklich schön, wenn dort eine grössere Zahl stehen würde. Die Diskussion wäre erheblich einfacher. Ich habe mir einige Gedanken gemacht, was man vielleicht tun könnte, damit dort eine höhere Zahl stehen würde. Wir haben in der Schweiz ein kleineres Problem, das von verschiedener Seite auch schon aufgegriffen wurde, das ist die Schattenwirtschaft. Man rechnet damit, dass 10 % des Bruttoinland-Produktes Schattenwirtschaft ist. Das entspricht etwa 40 Milliarden Franken, die jährlich erarbeitet werden, ohne dass sie transparent auf den Tisch zu liegen kämen. Etwa 15 Milliarden gehen so dem Fiskus und den Sozialversicherungen verloren.

Es wäre doch interessant, wenn man da etwas tiefer "grübeln" würde. Es ist übrigens kein Ausländerproblem. Man weiss, das 85 % dieses Betrages von Schweizern erarbeitet werden. Die Täterschaft ist sehr breit gefächert - es befinden sich auch Beamte darunter. Das hat zumindest eine universitäre Untersuchung gezeigt. Jetzt kann man sich fragen, was ein Stadtrat einer solch kleinen Stadt hier machen kann. Man weiss, dass auf Bundesebene ein entsprechendes Gesetz in petto ist. Das dürfte noch eine Zeit dauern, bis es auch in unsere Landregionen hinaus Wirkung zeigt.

Vielleicht wäre das auch ein interessantes Tummelfeld für Kanton und Stadt, dass man vielleicht eine Task force einsetzen könnte, die untersucht, wie weit man Möglichkeiten sieht, auf dem Hoheitsgebiet Schaffhausen dieser Schattenwirtschaft zu begegnen."

Edgar Mittler (FDP): "Ich gebe Christian Hablützel absolut recht in seiner Einschätzung. Die Auflösung von Steuerrückständen ist eine Beschönigung des Budgets. Worauf ich hinaus will: Es sollte auch bei einem öffentlichen Gemeinwesen möglich sein - wenn wir z.B. Steuerrechnungen in der Höhe von 100 Mio Franken versenden - diesen Betrag als Debitoren zu verbuchen und nicht nur jene vielleicht 90 Mio, welche innerhalb einer gewissen Frist hereinkommen.

Der Frau Finanzreferentin muss ich sagen, dass vor 20 Jahren - als ich noch Finanzkontrolleur der Stadt Schaffhausen war - diese Verbuchung, wie ich sie moniere, "gang und gäbe" war, aber die Landgemeinden haben da schneller gespurt."

SR Veronika Heller nimmt den Wunsch von Edgar Mittler entgegen. Sie verweist aber auf die Relation zwischen der Anzahl Steuerpflichtigen in einer kleinen Landgemeinde und der Stadt Schaffhausen mit 22'000 Steuerpflichtigen

"Zu Peter Wullschleger möchte ich sagen, dass ich überhaupt nichts gegen eine Task force einzuwenden habe. Das ist das bewährte Rezept der Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, welches sie in Genf angewandt hat mit dem Ziel, mehr Steuererträge zu generieren und dann die Schulden abzubauen. Dies stösst auf unterschiedliche Begeisterung, weil Sie zwei Möglichkeiten haben. Entweder kommt die Task force dann unter Dienstleistungen Dritter oder bei den Personalkosten wieder zum Vorschein. Gratis geht das nicht. Es ist eine Möglichkeit, dies im Rahmen der betr. Projektgruppe "sh.auf" anzuschauen und zu klären, ob der Kanton bereit wäre, da mitzumachen. Bis jetzt hat er dafür kein Musikgehör gehabt, denn das, was Sie hier vorschlagen, wurde in der kantonalen GPK bereits einmal thematisiert."

ABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag des SR, die Position 9000 400.000 Einkommens- u. Vermögenssteuern um den Betrag von Fr. 2 Mio auf neu Fr. 93,5 Mio Franken zu kürzen und die Kompensation über das neue Konto 9000 400.003 "Auflösung Steuerrestanzen Gemeindesteuern" in der Höhe von Fr. 2'000'000.-- vorzunehmen, mit 45 : 0 Stimmen zu.

An dieser Stelle unterbricht der **Ratspräsident** die Sitzung bis 19.05 Uhr.

Seite 99 **9420 Betrieb und Unterhalt Liegenschaften des Finanzvermögens**
314.344 Restaurant Emmersberg, Buffet Fr. 90'000.--

Roland Schöttle (FDP) beantragt, diese Position um Fr. 40'000.-- auf Fr. 50'000.-- zu kürzen. Er findet diesen Betrag unverhältnismässig.

SR Kurt Schönberger verweist auf den Kommentar: "*Erneuerung der Buffetanlage aus betrieblichen Gründen*". Es geht nicht allein um ein neues Buffet, sondern um die ganze Anlage, d.h. die Buffetzone, welche im Jahre 1982 das letzte Mal renoviert wurde. Es geht auch um die Ausleuchtung hinter dem Buffet, Kühlauszüge, Wand- und Bodenbeläge etc. Ich kann Ihnen das Angebot machen, den Kredit um 10% zu kürzen und auf Fr. 80'000.-- zu gehen. Tiefer gehen kann man nicht. Diese Sanierung wurde vom Baureferat schon 3 oder 4 Mal beantragt; sie überlebte aber jeweils die erste Budgetrunde im SR nicht"

Roland Schöttle (FDP): "Die Argumente des Baureferenten überzeugen mich nicht. Ich bin überzeugt davon, dass die Leistungen auch mit einem deutlich reduzierten Betrag erbracht werden können. Ich bleibe bei meinem Antrag."

ABSTIMMUNG

Der Rat lehnt die von Roland Schöttle (FDP) beantragte Kürzung um Fr. 40'000.-- mit 30 : 13 Stimmen ab. Somit bleibt der volle Betrag von Fr. 90'000.- im Budget.

Aus Transparenzgründen hat die Redaktion die letzte Position, welche in der **Laufenden Rechnung** noch zur Diskussion stand, dem 1. Teil des Protokolles angehängt.

Der 2. Teil beginnt auf Protokoll-Seite 674 mit der **Investitionsrechnung**.

PROTOKOLL

der **17.18** Sitzung
vom Dienstag, 9. Dezember 2003

2. Teil

IV. Investitionsrechnung

Seite 104 **029 Allg. Verwaltung**

581.000 Gesamteinführung WoV Fr. 100'000.--

Theresia Derksen (CVP) erwähnt, dass bereits im Budget 03 ein Betrag von Fr. 100'000.-- eingesetzt war. Sie nimmt bezug auf den Kommentar, wo es zu dieser Position heisst: "*Start Umsetzung*".

Die Votantin möchte wissen, was mit diesen Beträgen gemacht wird bzw. ob der Betrag B 03 zurückgestellt werde.

Thomas Jaquet Zentralverwalter: "Bei den Positionen der Investitionsrechnung handelt es sich automatisch um Verpflichtungskredite, welche bestehen bleiben, bis das Projekt beendet ist. Die allenfalls nicht gebrauchten Budgetpositionen früherer Jahre werden vorgetragen; sie sind jeweils in der Rechnung unter dem Abschnitt Verpflichtungskredit-Kontrolle aufgeführt. Bis Ende 2002 wurden mit den Krediten die Pilotprojekte finanziert. Ab jetzt bzw. ab nächstem Jahr starten wir mit der Umsetzung. Das ganze Geld ist so angelegt, dass wir davon ausgehen, dass die bewilligten Budgets reichen sollten, um die Umsetzung weiterhin am Laufen zu halten."

Seite 107 **210 Schulhäuser u. Turnhallen Primarschule**

210 503.228 Schulhaus Kirchhofplatz, Projektierung Pausenplatz

Esther Bänziger (SP): "Mir scheint der Betrag von Fr. 50'000.-- etwas hoch für die Projektierung eines Pausenplatzes. Aber das ist nicht das Problem. Das Problem ist, dass hier noch kein Konzept besteht. Die städt. Lehrpersonen wurden im frühen Sommer einmal eingeladen und liessen sich über verschiedene wichtige Sachen informieren. Es war ein Teilaspekt, dass allenfalls die kleine Primarschulabteilung aus dem Gega-Schulhaus ausgelagert und ins Kirchhofplatzschulhaus verlegt werden sollte. Damit würde das Gega-Schulhaus zu einer reinen Oberstufen-Anlage "verkommen". Die Votantin äussert sich an dieser Stelle zum einen kritisch zu reinen Oberstufen-Anlagen und zum anderen zweifelt sie an der Eignung des Kirchhofplatzschulhauses als Primarschulhaus, auch wenn der Pausenplatz eingerichtet und vielleicht etwas weniger Autoverkehr herrschen wird als heute. Die Lage würde vor allem für kleinere Primarschulkinder nicht besser. E. Bänziger sähe viel eher, dass ein Teil der Oberstufe ins Kirchhofplatzschulhaus verlegt würde.

"Mein Antrag wäre, den Betrag zu streichen oder das Geld für die Erstellung eines Konzeptes zu verwenden. Man muss dort etwas machen. Das ist klar.

Das Schulhaus wird leer. Man muss jedoch das Gesamte projektieren und nicht nur den Pausenplatz."

Käthi Tanner (SP): "Ich kann da anschliessen und Esther Bänziger eigentlich nur unterstützen. Auch als Orientierungstufen-Schulhaus ist das Kirchhofplatzschulhaus nicht einfach 1 : 1 zu übernehmen. Wenn schon, ist eine Gesamtprojektierung zu machen. Ein Pausenplatz ist auch wichtig."

SR Urs Hunziker: "Wir haben im vergangenen Jahr eine relativ breit angelegte Untersuchung bezüglich der Schulraumsituation in der Stadt Schaffhausen gemacht. Wir wissen, dass wir vor allem im peripheren Schulhaus Gräfler eine latente Schulraumnot haben. Ich habe das in diesem Saal auch schon gesagt. Die zentrumsnahen Schulhäuser Gega und Bach platzen ebenfalls aus allen Nähten. Hingegen haben wir eine gewisse Reserve im Kirchhofplatzschulhaus. Diese Reserve würde sich dann noch vergrössern, wenn die "Sozialjahr"-Abteilung, die ebenfalls dort untergebracht ist, an den Kanton übertragen wird. Diese Perspektiven waren für uns der Grund, einmal die ganze Situation zu beleuchten. Wir haben die verschiedensten Varianten in Erwägung gezogen und sind dabei zum Schluss gekommen, dass wir den vorhandenen Schulraum im Kirchhofplatz - auch wenn das Schulhaus nicht sehr günstig liegt - nutzen müssen. Ansonsten müssten wir irgendwo an der Peripherie oder allenfalls auch im Zentrumsbereich ein neues Schulhaus bauen. In der gegenwärtigen Finanzlage der Stadt Schaffhausen kann dies ja nicht der Fall sein. Wir haben dann eigentliche Planspiele durchgeführt und geschaut, was man wo unterbringen könnte. Wir sind zu einem provisorischen Schluss gekommen, dass wahrscheinlich das Kirchhofplatzschulhaus geeignet wäre, einen Klassenzug von der 1. bis zur 6. Klasse der Primarschule dort einzuquartieren. Ob das nun eine Primarschule ist oder ob wir dann im Verlauf der Planung - je nach dem was sich herausstellt bezüglich Gestaltung des Pausenplatzes - zum Schluss kommen, dass sich dieses Gebäude eher für die Oberstufe eignet, wird sich noch zeigen. Fixiert ist noch nichts, aber wir haben gesehen, dass wenn wir eine Primarschule dort einquartieren, wir unsere in der Orientierungsschule bestehenden Raumprobleme lösen können. Das ist der momentane Stand.

Zur Oberstufen-Anlage: Man hat in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder darüber diskutiert, ob man die zentralisieren oder aufteilen soll. Aus heutiger Sicht müsste man sagen, eigentlich hätte man vor 20 Jahren ein Oberstufenzentrum auf der Breite planen müssen. Das wäre das Richtige gewesen, aber das haben wir nicht. Wir können das Rad nicht zurück drehen. Wir versuchen nun, mit dem bestehenden Schulraum das Beste zu machen.

Wir haben von peripheren Schulhäusern, wo wir diese Durchmischung Primarstufe/Oberstufe haben, auch gegenteilige Meldungen, wonach es nicht gewünscht ist, dass die Grossen und Kleinen zusammen im gleichen Schulhaus sind. Zudem brauchen wir an der Oberstufe eine bestimmte Infrastruktur - Spezialräume für Chemie, Physik oder auch Werken. Das spricht wieder eher dafür, dass man das eben zentralisiert. Die Ghettobildung, die Du angesprochen hast, Esther, ist uns auch ein Dorn im Auge. Aber wie gesagt, Ziel der ganzen Sache ist, dass wir das Kirchhofplatzschulhaus, das über relativ grosse Schulzimmer verfügt, und das eigentlich fix fertig saniert ist, besser nutzen. Damit wir es besser nutzen können, müssen wir zwingend einen Pausenplatz haben."

Ob grosse oder kleine Schüler in diesem Schulhaus sind, spielt keine Rolle. Der Projektierungskredit bezieht auch das Areal Richtung altes Feuerwehr-Depot mit ein, weil dort ein Durchgang in Richtung Bachstrasse geschaffen werden müsste; dies vielleicht noch zur Begründung der Höhe dieses Kredites."

Esther Bänziger (SP): "Ich kann alles unterschreiben, was SR Hunziker gesagt hat. Der Stadtschulrat hat früh begonnen mit der Planung, das ist richtig. Ich möchte verhindern, dass ein Präjudiz geschaffen wird." Bezüglich Spezialräume für die Oberstufe weist die Votantin darauf hin, dass die Distanz vom Kirchhofplatzschulhaus zum Gegaschulhaus sehr klein ist und die Dislokation dorthin für den Chemie- oder Physikunterricht kein Problem darstellt. Für das Kochen müssen die SchülerInnen zum Teil auch aus verschiedenen Schulhäusern ins Gega kommen, weil es im Alpenblick und auf der Breite keine Küchen hat.

Urs Tanner (SP) nimmt Bezug auf einen Satz des Schulreferenten, der gesagt hat, dass es eigentlich egal sei, ob kleine oder grosse SchülerInnen im Kirchhofplatzschulhaus einquartiert werden. Der Votant teilt diese Ansicht nicht. "Ich stimme nicht einem Projektierungskredit zu, wenn ich keine Ahnung habe, ob die SchülerInnen so klein oder so gross sind." Urs Tanner unterstützt einen allfälligen Streichungsantrag von Esther Bänziger.

SR Urs Hunziker: "Mein Wort "egal" bezog sich darauf, dass wir so oder so einen Pausenplatz benötigen auf dem Areal des Kirchhofplatzschulhauses. Die Zustände jetzt ohne Pausenplatz - auch das wird Käthi Tanner bestätigen können - sind unhaltbar, auch wenn grosse SchülerInnen dort einquartiert werden."

Roland Schöttle (FDP): "Mich stört eigentlich auch wieder die Höhe des Kredites. Ich könnte mir hier sehr gut vorstellen, dass die Planung eines Pausenplatzes mit den bestehenden Personalressourcen aus der Stadtgärtnerei durchaus auch erbracht werden könnte, und damit nicht ein so grosser Kredit beansprucht würde."

SR Urs Hunziker: "Ich muss noch einmal betonen, dass es um die ganze Situation rund um dieses Schulhaus Kirchhofplatz geht. Mit dem herrschenden Verkehr ist es noch eine gefährliche Angelegenheit für Schulkinder. Man müsste in jedem Fall einen Fussgängerdurchgang schaffen durch den Bereich des alten Feuerwehrdepots, so dass sich die Schulkinder relativ gefahrlos von oder in Richtung Bachstrasse bewegen können. Dieser Durchgang ist auch in diese Planung mit einzubeziehen."

Bernhard Egli (OeBS) macht dem Rat beliebt, diesen Budgetposten stehen zu lassen. "Es wäre unglücklich, dann ein leeres Schulhaus zu haben, welches wir nicht benützen können, weil wir das Umgelände nicht gestalten können. Ein sicherer Zugang in Richtung Bachstrasse ist nicht nur für Schulkinder wichtig."

Esther Bänziger (SP): "Ich stelle keinen Antrag auf Streichung. Für mich ist es wichtig, dass kein Präjudiz geschaffen wird."

Urs Tanner (SP) beantragt Streichung dieses Budgetpostens. "Ich will ein Gesamtkonzept und nicht einen Pausenplatz, wo ich nicht weiss, welche Kinder diesen benützen sollen."

Peter Möller (GB): "Ich bitte Urs Tanner, diesen Antrag zurück zu ziehen, weil es mir wichtig scheint, dass die Planung hier weiter läuft. Die Abklärungen laufen."

Urs Tanner (SP) hält an seinem Streichungsantrag fest.

SR Urs Hunziker legt Wert auf die Feststellung, dass tatsächlich ein Konzept besteht. "Ziel ist es, den vorhandenen Schulraum möglichst optimal zu nutzen. Im Vordergrund dieser Betrachtung steht im Moment die Nutzung des Kirchhofplatzschulhauses als Primarschulhaus. Dass es da aber noch Veränderungen geben kann, schliesse ich nicht aus."

Iren Eichenberger (OeBS) nimmt Bezug auf das Votum von Roland Schöttle, der gesagt hat, das könne die Stadtgärtnerei übernehmen. "Ich möchte wissen, ob so etwas möglich wäre. Die Stadtgärtnerei ist ein WoV-Betrieb. Sie hat einen Leistungsauftrag. Ich denke, der ist so berechnet mit den personellen Ressourcen. Da können wir nicht so schnell kommen und sagen, wir möchten noch eine Leistung mehr... "

ABSTIMMUNG

Der Rat lehnt den Antrag Urs Tanner auf Streichung der 50'000 Franken unter Pos. 210 503.228 mit 35 : 5 Stimmen ab.

Seite 107 **211 Schulhäuser u. Turnhallen Primar- u. Orientierungsschule** **211 503.253 Turnhalle Emmersberg, Projektierung der Sanierung**

Peter Neukomm (SP) stellt fest, dass hierfür im Budget 03 ein Betrag von 80'000 Franken vorgesehen war. "Das Geld ist offenbar in diesem Jahr nicht gebraucht worden, es hätte vermutlich einer Ausschreibung bedurft." Der Votant erkundigt sich nach der aktuellen Situation.

SR Kurt Schönberger weist darauf hin, dass die Turnhallen bereits anlässlich der letzten Sitzung ein Thema waren. "Damals habe ich gesagt, dass die Vorbereitungsarbeiten für die Sanierung zu Handen des Budgets 2005 ausgeführt werden, d.h. dass wir bis im Mai 04 diese Unterlagen beisammen haben werden. Es ist geplant, Ihnen das Sanierungsprogramm in der Grössenordnung von 2,5 Mio Franken mit dem Budget 05 vorzulegen."

Seite 108 **212 Schulhäuser Orientierungsschule** **503.276 Gega Schule, Werkräume Fr. 135'000.--**

Andres Bächtold (SP)

"Wie bereits beim Eintreten angekündigt stelle ich hier einen Antrag.

Die Sanierung der Werkräume im Gegaschulhaus ist dringend nötig. Der Holzraum ist zu klein und die Sicherheitsbedingungen können, angesichts der sich im gleichen Raum befindlichen Maschinen, nicht eingehalten werden.

Auch einzelne Maschinen sind offenbar veraltet und genügen Sicherheitsaspekten längst nicht mehr. Eine Analogie zur Situation der Turnhallen ist offensichtlich.

Lehrer und Vertreter des Schulamtes haben deshalb eine kostengünstige Lösung zur Verbesserung des unhaltbaren Zustandes gesucht – und auch gefunden. So soll ein Teil des benachbarten Pappraumes mit einer transparenten Wand abgetrennt werden. In diesem Raum können geschützt, aber einsehbar, die Maschinen installiert und benutzt werden. Gleichzeitig kann dieser neue Raum auch als Vorbereitungszimmer für Holz- und Pappraum dienen. Ein sinnvoller Werkunterricht ist wichtig, insbesondere auch für Realschüler, welche damit ihre Chancen auf dem Lehrstellenmarkt für handwerkliche Berufe steigern können.

Der Zeitpunkt für die Sanierung im nächsten Jahr drängt sich geradezu auf, wird doch der benachbarte Chemieraum, für welchen der Budgetbetrag von Fr. 135'000.00 ausschliesslich vorgesehen ist, saniert. Eine Baustelle mit allen Umtrieben wird also sowieso eingerichtet, und mit der Erhöhung des Budgetpostens um sage und schreibe Fr. 50'000.00 wären die Werkräume ebenfalls saniert. Das ist aber einer jener Beträge, welcher aus dem Rohbudget gekippt wurde.

Ich habe deshalb in der GPK einen entsprechenden Antrag gestellt, erfolglos. Nach dem Bekenntnis der FDP-Fraktion für die Unterstützung von Sanierungsvorhaben im Bildungsbereich stelle ich den Antrag auf Erhöhung der genannten Budgetposition auf Fr. 185'000.00 hier nochmals und bin zuversichtlich, eine Mehrheit dafür zu finden."

SR Veronika Heller weist daraufhin, dass dem Schulreferenten zugesichert wurde, die Sanierung der Gega Werkräume ein Jahr später, d.h. 2005 durchzuführen. (Bei der im Budget 04 vorgesehenen Sanierung geht es um das Chemielabor.) Die Finanzreferentin bittet den Rat, beim budgetierten Betrag von Fr. 135'000.-- zu bleiben, da 2004 einfach nicht mehr drin liege.

Esther Bänziger (SP) unterstützt den Antrag von Andres Bächtold. So habe man nur einmal eine Baustelle, was Sinn machen würde. Eine Etappierung verteilt auf zwei Jahre käme nicht billiger. "50'000 Franken können wir uns - so glaube ich - schon noch leisten."

Thomas Hauser (FDP): "Wenn sich Esther Bänziger für das Gega Schulhaus wehrt, wehre ich mich für das Schulhaus Buchthalen. Ich war lange genug Werklehrer im Gega. Die Holzräume, der Pappraum und das Labor wurden dort vor etwa 15 Jahren saniert. Alles ist relativ neu und mit guten neuen Maschinen versehen. Der Holzraum in Buchthalen ist viel gefährlicher, er ist älter als 50 Jahre. Da kommt kein Mensch vorbei und sagt etwas. Da kommt zuerst Buchthalen dran! Wir haben das schon einmal erfolgreich lanciert mit der Turnhalle."

Esther Bänziger (SP): "Buchthalen ist ein kleines Sekundarschulhaus, das Gega Schulhaus ist ein sehr grosses Schulhaus

Peter Wullschleger (CVP): "Der Antrag von Andres Bächtold macht Sinn, wenn die beiden Zimmer nebeneinander liegen.

Es kommt vermutlich günstiger, wenn man die Sanierung des Chemielabors und der Werkräume gleichzeitig ausführt." Der Votant erkundigt sich, ob diese beiden Räume nebeneinander liegen.

SR Urs Hunziker bestätigt die Vermutung von Peter Wullschleger, dass die beiden Räume nebeneinander liegen. "Der Anlass für die Sanierung der Werkräume, wie es im Budget steht - richtig müsste es die Sanierung des Chemielabors heissen - waren Entlüftungsprobleme im gleich daneben liegenden Chemielabor. Wir haben im Chemielabor einige schwerwiegende Sicherheitsmängel festgestellt, weil die Entlüftung, welche vor ca. 15 Jahren gemacht wurde, schlichtweg nicht funktioniert. Wir haben dort 2 - 3 Chemielehrer, welche relativ lange Zeiten in diesen Räumlichkeiten verbringen. Es ist ein Labor, wo auch Versuche mit den SchülerInnen zusammen durchgeführt werden. Es wird deshalb eine leistungsfähige Belüftung benötigt, weil Dämpfe entstehen, welche weggeführt werden müssen. Es ist auch der Einbau einer sogenannten Notdusche geplant. Das ist Standard in Chemieräumen und ermöglicht ein unverzügliches Duschen, wenn sich ein Schulkind oder eine Lehrperson allenfalls verätzt. Diese Sanierungsmassnahmen waren eigentlich der Anlass, um die Werkräume mit einzubeziehen. So hat man - wie Andres Bächtold erwähnt hat - den Sanierungsbetrag um Fr. 50'000.-- erhöht. Im Rahmen der ersten Streichungsrunde im SR mussten wir schweren Herzens auf die Sanierung des Werkraumes verzichten. Dringender aus meiner Sicht ist in jedem Fall die Sanierung des Chemielabors."

Der Schulreferent präzisiert an dieser Stelle noch, dass es bei der geplanten Entlüftung nicht nur um die Entlüftung der Kapelle im Chemielabor geht, sondern es gibt zusätzlich eine Entlüftung des gesamten Raumes. Dazu muss man wissen, dass der Chemieraum eine Entlüftung hat, die keine Frischluftzufuhr in dem Sinne hat. Um eine wirksame Entlüftung zu realisieren, braucht es eine Frischluftzufuhr, welche vorbereitet werden muss. Das verteuert die ganze Sache. Aus feuerpolizeilichen Gründen müssen auch die Chemikalienschränke entlüftet werden."

ABSTIMMUNG

bzgl. Pos. 212 503.276 Gega Schule, Werkräume (Seite 108 des Budgets). **Der Antrag von Andres Bächtold (SP), nebst der Sanierung des Chemielabors auch die Werkräume zu sanieren und den Betrag von Fr. 135'000.-- um 50'000 Franken auf neu Fr. 185'000.-- zu erhöhen, wird vom Rat mit 25 : 20 Stimmen gutgeheissen.**

Seite 107/108 **210, 211, 212, 220 Schulhäuser**
661.000 Kantonsbeiträge

Urs Tanner (SP) erkundigt sich, weshalb diese Beiträge im Budget 03 schwinden und im Budget 04 ganz verschwinden.

SR Urs Hunziker: "Bei den Kantonsbeiträgen geht es um Beiträge für die Sanierung oder Neubauten von Schulen." Je weniger Investitionen in diesem Bereich getätigt werden, um so geringer fallen die Kantonsbeiträge aus. Für kleinere Investitionen lohnt sich der administrative Aufwand nicht, um die entsprechend kleinen Subventionsbeiträge einzutreiben.

Seite 113 **620 Strassenverkehrsanlagen**
501.624 Münsterplatz, Klosterstrasse bis Goldsteinstrasse
Oberbauerneuerung Fr. 250'000.--

Peter Käppler (SP): "Es geht um den Münsterplatz, welcher saniert wird und wo die Werkleitungen erneuert werden. Im Budget haben wir Fr. 250'000.-- für die Oberbauerneuerung. Das entsprechende Projekt entspricht in Bezug auf die Verkehrsführung und auf die Anordnung der Parkplätze weitgehend dem heutigen Zustand. Man investiert viel Geld, um quasi den heutigen Zustand wieder herzustellen. Beim "Runden Tisch Parkhausplanung" wurde versprochen, dass der Münsterplatz eine Aufwertung erfahren würde. Das ist beim jetzt vorliegenden Projekt nicht der Fall. Dadurch besteht die Gefahr, dass die heutige Situation zementiert wird. Die gefährliche Verkehrssituation am Münsterplatz wird nicht verbessert.

Ich beantrage Ihnen, diese Position zu streichen, da ich mich mit diesem Projekt, was die Gestaltung anbetrifft, nicht anfreunden kann. Ich wehre mich nicht gegen die Sanierung der Werkleitungen, aber für die Gestaltung muss ein besseres Projekt erarbeitet werden."

SR Kurt Schönberger: "Wenn jetzt die Werkleitungen saniert werden, können wir nicht einfach diesen Betrag von Fr. 250'000.-- streichen, damit der Oberbau nicht ausgeführt werden kann. Wir haben uns im Umsetzungsstab auch darüber unterhalten. Es geht darum, die ganze Umgebung beim Museum, Münsterplatz in Richtung Stadtbibliothek gesamthaft anzuschauen. Dies hängt auch mit der Aufhebung von Parkplätzen zusammen. Parkplätze können wir aufheben, wenn neue geschaffen werden. Das ist ein Beschluss des Grossen Stadtrates. Der Betrag kann nicht gestrichen werden, sonst können wir die Arbeiten nicht beenden. Auf ein Projekt zu warten, würde zu lange dauern."

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Ich bitte Sie als Werkreferent, diesen Betrag nicht zu streichen. Es ist notwendig, dass wir die veralteten Werkleitungen sanieren. Es ist das Ziel für den Münsterplatz, die Gestaltung ähnlich wie im Bereich Beckenstube/Regierungsgebäude auszuführen, wo eine Qualitätssteigerung registriert werden kann." Der Stadtpräsident weist auch auf die unbefriedigende Beschäftigungslage im Tiefbau hin, weshalb eine Verzögerung der Oberbauerneuerung ebenfalls problematisch sei.

Roland Schöttle (FDP): "Es ist unbestritten, dass die Werkleitungen ersetzt werden müssen. Im Umsetzungsstab haben wir auch über die Gestaltung gesprochen. Es ist so, dass in Beachtung der vorgegebenen Bedingungen des Beschlusses des GrSR zum Teil Parkplätze aufgehoben worden sind, z.T. sind sie verlegt worden, Fussgängerverbindungen wurden verbessert. So soll es auch in diesem Bereich zwischen der Musikschule und der Goldsteinstrasse geschehen. Ein wichtiges Kriterium, um die Sache dort grundlegend zu verändern, sind die bestehenden Baumanlagen, zwischen denen zur Zeit parkiert wird. Da hat man geprüft, ob das auf die andere Seite verlegt werden könnte und in diesem Bereich die Fussgängerverbindungen erstellt werden könnten. Das kann aus verschiedenen Gründen, unter anderem wegen den Werkleitungen und den Abschlüssen, die gesetzt werden müssen, so nicht gemacht werden."

Es ist Ziel der feinen Sanierung, diese unpräjudiziell so zu machen, dass wenn dort die Anzahl Parkplätze noch mehr reduziert würden, dies dann möglich ist. So ist man verblieben."

Peter Kämpfer (SP) weist nochmals darauf hin, dass er sich nicht gegen die Sanierung der Werkleitungen wehrt, sondern dass ihm das vorliegende Projekt bezüglich Gestaltung nicht gefällt, u.a. auch deshalb, weil an der beidseitigen Parkierung festgehalten werde. Es habe nicht die gleiche Qualität wie jene, die wir nun bei der Beckenstube hätten. Es gehe dem Votanten um eine Aufwertung als Platz, eine Zeitverzögerung sei nicht beabsichtigt, ebenso wenig möchte er etwas verhindern.

Urs Tanner (SP): "Ich bin Peter Kämpfer sehr dankbar. Wir haben im Januar 2000 eine Motion eingereicht, welche die Aufhebung von 50 Parkplätzen verlangt hat als Kompensierung für das Parkhaus Herrenacker. Wir haben diese Motion zurückgezogen, weil es einen Stadtratsbeschluss gab, der davon sprach, es werde kompensiert. Nun werden wir von Kollege Schöttle auf die biblische Zukunft verwiesen. Es wäre schon zu hoffen, dass gemachte Versprechen auch aus dem Jahr 2000 noch eingehalten werden."

Peter Kämpfer (SP) bleibt bei seinem Antrag auf Streichung, wenn ihm nicht zugesichert wird, dass das Projekt überarbeitet wird.

Bernhard Egli (OeBS): "Es ist vorgesehen, dass man vor dem Museumsareal PW-Parkplätze aufhebt zugunsten von Haltestellen für Cars zum Ein- und Aussteigen. Dies benötigt viel Platz. Das ist im Moment noch nicht möglich. Es existiert eine Projektskizze von Thomas Neukomm zur Umgestaltung des Münsterplatzes. Man wollte die Fahrspur gegen die Bäume verschieben, damit man auf der anderen Seite mehr Platz bekommen würde. Das geht nicht, weil so die Bäume kaputt gehen würden. Man kann unter den Bäumen parkieren, aber man kann nicht eine Fahrspur unter den Bäumen hindurch führen. Darum hat man auf die Umsetzung der Idee von Thomas Neukomm verzichten müssen. Wenn man nun den Kredit streicht, haben wir gar nichts. Man realisiert im Moment das, was möglich ist. Im Vordergrund steht vor allem die Umgestaltung vor dem Münster und dem Museumseingang."

ABSTIMMUNG

Der Rat lehnt den Antrag von Peter Kämpfer (SP) auf Streichung der Position 620 Strassenverkehrsanlagen 501.624 Münsterplatz, Klosterstrasse bis Goldsteinstrasse Oberbauerneuerung Fr. 250'000.-- mit 34 : 3 Stimmen ab.

Esther Bänziger merkt noch an: "Wenn die SP in diesem Umsetzungsstab vertreten wäre, wären wir ein bisschen informiert und es wäre vielleicht ein wenig einfacher."

- | | | | |
|-------------|------------------------------|---|---------------------|
| V. | Spezialfinanzierungen | - | Keine Wortmeldungen |
| VI. | Stiftungen und Legate | - | Keine Wortmeldungen |
| VII. | Spezialverwaltungen | - | Keine Wortmeldungen |

- VIII. **Stiftung Impuls** - Keine Wortmeldungen
- IX. **Sonderschulen (Neues Budget)** - Keine Wortmeldungen
- X. **Betriebe**
Gaswerk
Wasserwerk (Neues Budget)
Elektrizitätswerk
Verkehrsbetriebe (Neues Budget)

Christian Meister (SVP) zum Marketingaufwand der Betriebe

"Zuerst möchte ich an dieser Stelle den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen sowie den Vorgesetzten der städtischen Werke meinen Dank aussprechen.

Wo wären wir mit dem städtischen Haushalt, könnten wir nicht immer wieder auf diese Ressourcen der Städtischen Werke zurückgreifen?

Als bürgerlichem Politiker widerspricht es zwar etwas meinen Ansichten über die freie Marktwirtschaft, können die Werke doch nur deshalb derart gute Resultate ausweisen, weil sie einen Monopolbetrieb darstellen und der Konsument eigentlich gar keine Alternative hat.

Die Städtischen Werke bewegen sich mit ihrer Tarifpolitik aber im besseren Drittel im gesamtschweizerischen Tarifvergleich, und solange sie deshalb diesen Spagat zwischen Abgabe an die Stadt und günstigen Tarifen für die Konsumenten derart gut halten können, dürfen wir als Bürger nicht motzen, und wir dürfen das Geschenk dankbar annehmen.

Natürlich finde ich trotzdem ein Haar in der Suppe. Allerdings weniger an den Werken selbst, mehr an den Damen und Herren der Verwaltungskommissionen sowohl der Elektrizitätswerke wie auch des Gas- und Wasserwerkes.

Ihnen möchte ich nämlich auch danken. Dafür, dass Sie meinen Aufruf anlässlich der Debatte über die Jahresrechnung 2002 ernst genommen haben, als ich sie aufgerufen hatte, doch bitte einmal die Marketingkosten der beiden Abteilungen EW und Gaswerk etwas näher anzuschauen, ob es tatsächlich nötig sei, derart hohe Marketingausgaben zu veranschlagen.

Sie scheinen meinem Aufruf tatsächlich nachgekommen zu sein. Die Gaswerke haben ihr Budget 2004 nur um 68'000 Franken auf 216'000 Franken erhöht, was einer Steigerung von 46% entspricht, während das EW sein Budget von 382' auf 720'000 Franken erhöht hat, was nahezu einer Verdoppelung entspricht. Unsere Werke geben über eine Million Franken für Marketingkosten aus, für Produkte wofür sie das Monopol haben und hierbei sind die Personalkosten für diese Abteilungen noch nicht einmal eingerechnet.

Um im Englischen der Städtischen Werke zu bleiben, könnte man das – wenn es nicht so ernst wäre – auch etwas sarkastisch als eine „clean solution from the board of administration of the power station of Schaffhausen“ betiteln oder auf Schweizerdeutsch „ä suuberi Lösig vo üsere Verwaltungskommission“ !

Stadtpräsident Marcel Wenger: "Ich danke zuerst Christian Meister für die faire Beurteilung der städtischen Werke im ersten Teil seines Votums. Zum zweiten Teil möchte ich ihn daran erinnern, dass die städtischen Werke beginnen, sich in einem Markt zu bewegen, der halt doch mehr Wettbewerb bringt, vor allem im Bereich der Produkte, welche z.B. umweltfreundlichen Strom zum Ziel haben. Dieses Produkt "clean solution" muss natürlich zuerst lanciert werden, bevor man nachher Mehrerträge generieren kann, die übrigens dem Umweltschutz zugute kommen oder der Erstellung von Ressourcen schonenden Energieproduktionsanlagen. Ich habe immerhin die Zwischenmeldung bekommen, dass die Marketingaufwendungen, welche wir in diesem Jahr für das Produkt "clean solution" beim EW betrieben haben - das ist ja der Hauptgrund, weshalb wir zu einer Verdoppelung gelangen - durch die Mehrerträge beim Verkauf von Ökostrom mehr als gedeckt sind. Ökostrom unterliegt nicht dem Monopol, die Leute können diesen kaufen oder nicht. Dass sie ihn gekauft haben, ist ein guter Erfolg. Das muss man den Werken attestieren. Ich hoffe, dass ich Ihnen das in der Rechnung 03 erhärtet belegen kann. Da können Sie natürlich wieder kommen; ich freue mich jetzt schon darauf."

Urs Tanner (SP): "Als VK-Mitglied muss ich hier nicht mehr viel hinzufügen; der Stadtpräsident hat ganz klar gesagt, dass "clean solution" zu einer wunderschönen "Win-Win-Situation" führt. Du hast aber bewiesen, Kollege Meister, dass Du auch Prozent rechnen kannst, dass Du aber inhaltlich absolut nichts dagegen hast, da die Mehrkosten Mehreinnahmen generiert haben. Frage doch das nächste Mal die Kollegen, welche in der VK drin sitzen oder die Mitglieder der GPK."

II. Sachgruppenstatistik

Laufende Rechnung 31 Sachaufwand Fr. 30'276'800.--

Thomas Hauser (FDP): "Ich habe Ihnen beim Eintreten gesagt, dass die FDP Fraktion den Antrag stellen wird, diese Position von **Fr. 30'276'800.-- um Fr. 680'000.-- = in etwa 2,25 % zu kürzen**. Das ist vertretbar. Damit kommen wir auf ein Budgetdefizit von ca. 2,5 Mio Franken.

Es gibt viele Sachen, die man streichen oder wo man sparen kann, sei es beim Büromaterial, bei Mobilien, bei einem Fahrzeugkauf, den man evtl. aufschieben kann. Bei den Aufwendungen unter Dienstleistungen Dritter sowie Dienstleistungen und Honorare kann man extrem sparen. Da wird viel Geld ausgegeben.

Für den von Urs Hunziker erwähnten Durchgang beim ehemaligen Feuerwehrdepot brauchen wir keinen auswärtigen Architekten. Das können doch die Herren Brennwald und Guhl selbst erledigen. Die Oberflächengestaltung bei der Beckenstube wurde elegant gemacht - praktisch vom Umsetzungsstab Parkraum, ohne Architekt. Hätte man das mit dem Herrenacker gemacht, könnte man die ganzen Honorare sparen. Es wäre ebenso gut herausgekommen - würde ich sagen.

Also, wir geben pauschal dem SR und der Verwaltung den Auftrag, 600'000 Franken - Entschuldigung 680'000 Franken - hier einzusparen. So bringen wir ein Budget hin mit einem Defizit von 2,5 Mio Franken. Das sieht schön aus. Das kann bei der Rechnungslegung vielleicht zu einer roten Null werden. Aber ein Defizit von 3,1 Mio ist schlecht.

Die FDP Fraktion stellt hiermit den Antrag, die Position 31 von Fr. 30'276'800.-- um Fr. 680'000.-- auf neu Fr. 29'596'800.-- zu kürzen.

Stimmen Sie diesem Antrag zu!"

Peter Möller (GB): "Der Antrag der FDP Fraktion, welche ja auch durch 2 Mitglieder in der GPK vertreten ist, erstaunt mich angesichts der Tatsache, dass diese 2 Vertreter in den GPK-Verhandlungen nichts derartiges angedeutet haben. Aus meiner Sicht scheint es wieder einmal ein Schnellschuss aus der Hüfte zu sein, damit man sich nicht um Detailfragen kümmern muss. Zu dem sind wir aber verpflichtet, so lange wir ein Budget haben, welches so aufgebaut ist. Es wird einfach gesagt: Reduzieren wir doch den Sachaufwand um 2 1/4 %. Ich bitte Sie inständig, diesen Antrag abzulehnen. Aus meiner Sicht ist dieser Antrag gar nicht zulässig.

Die Sachgruppenstatistik ist im Wesentlichen eine Zusammenfassung der Detailzahlen. Diese Detailzahlen haben wir vorher durchberaten. Wir haben gewisse Streichungen vorgenommen oder zumindest beantragt und haben dort gültig beschlossen. Wenn wir jetzt eine Zusammenfassung ändern, wo wir die Detailzahlen bereits beschlossen haben - wo kommen wir denn da hin? Dann ist nichts mehr gültig. Das ist eine unseriöse Budgetierung.

Thomas Hauser stellt den Antrag, den Sachaufwand um 680'000 Franken zu kürzen, er stellt aber bei den Detailpositionen keine Kürzungsanträge. Wie soll denn die Verwaltung oder der SR wissen, wo die Einsparungen vorzunehmen sind? Hier nichts streichen, dafür dort 10 Mio Franken So kann es nicht gehen!"

Christian Hablützel (SP): "Ich bitte Sie - wenn dieser Antrag aufrecht erhalten bleibt - diesem nicht zu folgen. Es ist einfach, Anträge auf Pauschalkürzungen zu stellen, ohne zu benennen, wo man wirklich kürzen will. Dann könnte man ja behaftet werden, dass man Stellung bezogen hat. Es erstaunt mich sehr, dass der Antrag von der FDP kommt als staatstragende Partei - mindestens früher; heute mag man die Tendenz zum Rasenmäher-Verhalten haben. Was Sie hier beantragen, ist eine Rasenmähermentalität. Sie wollen mir nicht wirklich ernsthaft weismachen, dass Sie daran glauben, wenn Sie sehen würden, was hinter diesen Positionen versteckt ist. Ich bitte Sie, auf den aus meiner Sicht eher populistischen Antrag zu verzichten."

Peter Kämpfer (SP): "Da wird der Holzhammer hervor geholt und man kommt mit diesem Antrag daher. Natürlich wäre es schön, wenn wir den angestrebten Betrag erreichen könnten. Ein solcher Antrag - wenn er durchkäme - würde aber auch Unsicherheiten schaffen." Der Votant erinnert daran, dass man in der GPK die Positionen wirklich genau hinterfragt und auch bezüglich Ersatz- und Neuanschaffungen nachhakt. Er sieht auch Probleme mit einer linearen Kürzung, weil das nicht bei allen Positionen machbar ist.

SR Veronika Heller: "Vielleicht kann ich Ihnen ein wenig helfen, die Debatte zu verkürzen." An dieser Stelle zählt die Finanzreferentin einige Ausgaben auf, welche in der Position 31 318 Dienstleistungen und Honorare enthalten sind, die nicht so ohne weiteres gekürzt werden können (u.a. Telefonkosten, Porti, Betreuungskosten, Anteil der Finanzkontrolle usw.)

"Wir haben uns beraten - wir haben die Mehrheit im Stadtrat. Ich kann Ihnen das Angebot machen - wenn Sie sich darauf einigen können - dass wir bei der Gesamtposition 31 Sachaufwand 1 % einsparen, das wären 300'000 Franken. Dann wären wir mit dem Defizit unter 3 Mio Franken. Damit können wir leben. Wir können versuchen, dass wir da zu Rande kommen. Aber was die FDP mit einer Kürzung um 680'000 Franken verlangt, dem kann ich nicht mit gutem Gewissen zustimmen, weil es auch beim Sachaufwand so und so viele Positionen gibt, wo wir nicht kürzen können. Aber mit einer Kürzung von 1 % - Grössenordnung 300'000 Franken - damit könnten wir umgehen."

Bernhard Egli (OeBS): "Ich stehe da etwas zwischen den Fronten. Ich kann nichts damit anfangen, dass man einen Sammelposten generell kürzt, andererseits habe ich dasselbe am Montag im Kantonsrat beantragt. Ich denke, es muss schon irgendwo konkret Fleisch am Knochen haben. Ich habe im Kantonsrat einige Beispiele erfahren bezüglich Anschaffungen in der Informatik, wo ziemlich hohe Preise verrechnet werden. Da kam die Frage, ob man andere Kanäle aufschliessen kann, damit die Konkurrenz spielt. Ich habe dort den Antrag gestellt, dass man die Position 311.000 generell etwa um 10 % kürzt. Ich war dort mit meinem Antrag - trotz Unterstützung durch den Stadtpräsidenten - mit etwa 10 : 40 Stimmen unterlegen."

Ich habe ein Problem, wenn wir hinterher eine Pauschalkürzung beschliessen, da machen wir uns unglaubwürdig. Es müsste schon konkret gesagt werden, wo diese Kürzungen vorgenommen werden sollen."

Thomas Hauser (FDP) nimmt Bezug auf die Aussage von Peter Möller, wonach die FDP-Vertreter in der GPK keine Kürzungsanträge gestellt hätten.

"Wir haben überhaupt nicht geschlafen. Zu den Aufträgen an Dritte haben wir zwei, drei Fragen gestellt. Sie wurden abschätzig beantwortet. In unserer Fraktion ist dies einfach immer wieder gekommen. Diesen Kürzungsantrag bringen wir nicht erst am Ende der Detailberatung. Ich habe diesen bei der Fraktionserklärung zum Eintreten klar und deutlich angekündigt. Hätten wir bei der Sachgruppenstatistik (römisch II) begonnen, dann wären wir zuerst dran gewesen. Wir haben uns auch in der GPK dem entsprechend verhalten."

Peter Wullschleger (CVP): "Ich empfinde grosse Sympathie für das Anliegen von Thomas Hauser und kann diesen Antrag auch unterstützen, angesichts der hier vor ungefähr zwei Jahren erheblich erklärten Motion "Gesunde und attraktive Finanzen". Wenn nun gesagt wird, dieser Antrag sei nicht seriös, muss ich fragen: Wie seriös ist es, wenn man ein Budgetdefizit veranschlagt in der Hoffnung, es werde sowieso eine ausgeglichene Rechnung geben?" (Der Votant richtete diese Frage an Peter Möller, der diese Aussage allerdings nicht gemacht hat.)

Peter Wullschleger sieht in einer generellen Kürzung des Sachaufwandes kein Problem, weil man beispielsweise beim baulichen Unterhalt oder bei Ersatzanschaffungen zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht genau weiss, was diese effektiv kosten. Dies würde bedingen, dass man bereits im Besitz von Devis und verbindlichen Kostenvoranschlägen wäre. Somit liegen 2 1/4 % im Streubereich, und es hat in diesem Budget einen Spielraum. "Dass dieser Antrag zu Diskussionen Anlass gibt, leuchtet mir ein. Aber gerade mit Blick auf WoV ist dies ein Ansatz. Wir werden dann zu mal sagen müssen, ob diese Dienstleistung, die wir dort in der Leistungsvereinbarung haben, diesen Betrag kosten darf oder nicht."

Unter diesem Gesichtspunkt verstehe ich den Antrag von Thomas Hauser. Ich werde diesen Antrag unterstützen, weil ich überzeugt bin, dass diese 2,25 % in dieser Sachgruppe 31 Platz haben. Wenn man sagen kann, 1 % hätte Platz, so sehe ich nicht ein, weshalb diese weiteren 1,25 % nicht auch noch darin Platz haben."

Stadtpräsident Marcel Wenger versucht einen Kompromiss zwischen den beiden Lagern im GrSR zu erreichen. "Das eine Prozent ist ein Auftrag, den Sie uns geben. Diesen Auftrag nehmen wir als Stadtregierung ernst. Wir schaffen es - da bin ich überzeugt - dieses eine Prozent von diesen 30 Mio Franken wegzubringen. Die Unschärfe, die in jedem Budget steckt, ist natürlich auch in diesen Beträgen enthalten. Wir kommen jetzt auf ein Defizit von 2,8 Mio Franken, wenn wir es schaffen, das eine Prozent nächstes Jahr noch einzusparen. Das Hauptziel ist erreicht - ein Defizit unter 3 Mio Franken."

Hans Peter Huber (SVP) gefällt dieser Antrag von Thomas Hauser sehr gut. "Wir geben hiermit dem SR, der den Betrieb bestens kennt, die Kompetenz zu bestimmen, wo er sparen will."

Roland Schöttle (FDP): "Ich habe jedes Mal ein schlechtes Gefühl, wenn ich ein Defizit in einem Budget genehmigen muss. Es wäre immer ein Ziel, ein ausgeglichenes Budget zu verabschieden und vor dem Stimmbürger zu verantworten. Ich sehe aber ein, dass es Engnisse gibt, die man nicht ohne weiteres überwinden kann. Wir haben in unserer Fraktion wirklich gesucht. Uns ist die Position 31 318 Dienstleistungen und Honorare mit Fr. 6,8 Mio Franken aufgefallen. Wenn man das aus den einzelnen Positionen herausnimmt, leitet man zu Recht ab, dass ein grosser Teil dieser Beträge Vergaben sind an irgendwelche Leute, die auf Honorarbasis arbeiten, wie ich es bereits bei der Planungskommission und bei der SPK "Revision Bauordnung und Zonenplan" erwähnt habe. Da waren wir der Meinung, dass man diese Position um 10 %, d.h. um Fr. 680'000.-- reduzieren könnte. Der Stadtpräsident hat uns dann zu Recht gesagt: "Legt uns diese Reduktion nicht auf diese eine Position, die Ihr beleuchtet habt, sondern gebt uns diese Reduktion auf dem gesamten Titel 31 Sachaufwand. Der SR ist der Meinung, dass dies im Rahmen der Streuung liegt und dass man das machen kann, was noch bestätigt wird, wenn die Finanzreferentin jetzt gut marktend sagt: Ich schlage mal einen Prozent vor. Ich meine, dass wir mit dieser Reduktion von 2,25% auf dem Sachaufwand dem Budget dann zustimmen können, ansonsten wäre für mich die Alternative die Rückweisung des Budgets, allenfalls ein Referendum gegen das Budget."

Alfred Zollinger (SVP): "Ich bin schon etwas überrascht über die Reaktion der linken Ratsseite, wenn es heisst, es geht nicht. Vor einem Jahr hatten wir die genau gleiche Situation. Ich liess einen Hilfeschrei los an den Stadtrat - wo können wir sparen? Der SR sagte, wir haben eine Möglichkeit, den Sachaufwand zu reduzieren - es ging damals um einen wesentlich höheren Betrag. Wir sagten auch nicht, wo der SR diese Einsparung vorzunehmen habe. Das ist Sache des SR. Der SR, der den Laden kennt, soll die Kürzungen dort vornehmen, wo er es verantworten kann. Ich bitte Sie, den Antrag von Thomas Hauser zu unterstützen."

Esther Bänziger (SP): "Für mich ist dies das Ende unseres Ratsbetriebes, das muss ich Ihnen sagen! Ich war in der GPK als Präsidentin tätig. Ich bin berufstätig, und es hat sehr viel Arbeit und Aufwand gekostet."

Ich bin immer wieder bereit, der Verwaltung und dem Stadtrat Vertrauen entgegen zu bringen. Jetzt heisst es plötzlich auf der einen Seite, wir bringen vielleicht noch ein Prozent heraus. In der GPK wurde nichts derartiges besprochen. Es finden stundenlange Sitzungen statt. Und Du Fredy unterstützest dies noch als GPK-Präsident - seit dieser Legislatur haben die Bürgerlichen dort die Mehrheit. Das finde ich absolut peinlich. Wir können doch nicht hier einfach prozentual etwas kürzen! Wir wissen nicht wo, und Ihr seid nicht bereit, hinzustehen und zu sagen, wir streichen hier oder dort... . Ich finde das einen Skandal! Wir lassen das Budget, so wie es ist. Wenn Ihr nächstes Jahr das machen wollt, dann behandelt Ihr das gefälligst seriös in der GPK."

Erwin Sutter (EDU) nimmt Bezug auf das budgetierte Defizit, welches sich in der Grössenordnung von 2,5 - 3 Mio Franken bewegt. Das Ziel müsste sein, eine rote oder schwarze Null zu haben. Der Votant vertritt die Auffassung, dass der SR handeln muss. Er sollte nicht das gesamte Budget frei geben, vielleicht nur 90 % beim Sachaufwand. Sparpotential liege immer drin. Erwin Sutter plädiert für einen vierteljährlichen Forecast, damit man wisse, wo man steht.

Iren Eichenberger (OeBS) zitiert, was die Finanzreferentin anlässlich der Präsentation des Budgets vor den Medien gesagt hat (Zitat aus den SN): *"Das Rohbudget zeitigte ein katastrophales Ergebnis, worauf der Stadtrat verwaltungsintern eine neue Sparrunde ansetzte. Jetzt ist Veronika Heller überzeugt, belaufen sich die budgetierten Beträge auf ein absolutes Minimum."*

"Da geht es mir ähnlich wie Esther Bänziger. Wenn Thomas Hauser mit seinem Vorschlag den SR ermuntern wollte, muss ich sagen, jetzt kommt er mir eher gequetscht vor. Wenn eine Zitrone ausgepresst ist, kann man nicht noch mehr quetschen und noch irgend etwas heraus holen. Vielleicht kann man es ja. Aber wenn man jetzt den Aufwand drückt, verschieben wir diesen einfach. Irgendwann kommen diese Aufwändungen. Aber eine Win-Win-Situation kann ich da überhaupt nicht erkennen."

Peter Neukomm (SP): "Ich verstehe den Ärger von Esther Bänziger. Auch ich verstehe den Stadtrat jetzt nicht mehr. Aber das ist ja nicht das erste Mal. Wir machen es uns zu einfach mit diesem Antrag, Thomas Hauser. Ich würde eigentlich den Antrag stellen, dass wir das nächste Mal keine GPK-Sitzungen mehr zum Budget abhalten. Die GPK ist genau das Instrumentarium, welche die Dienststellen und Abteilungen in unserem Auftrag durchleuchten soll und eben genau hinschauen soll, wo Luft ist und wo keine Luft mehr ist. Die GPK hat verfassungsmässig die entsprechenden Kompetenzen, sie kann überall hinein schauen, sie kann Stadträte in Pflicht nehmen. Wenn sie das nicht macht, hat sie ihre Aufgabe nicht erfüllt."

Wofür machen wir GPK-Sitzungen, wenn Sie jetzt kommen mit einem Antrag, den Sachaufwand pauschal zu kürzen? Das ist das Instrumentarium der Verwaltung, ihre Aufgaben richtig zu erfüllen. Sie wissen ganz genau, wenn Sie in die Verwaltung hinein schauen und einen Bezug zu dieser Verwaltung haben, wie tief diese Sachmittel budgetiert werden. Alle Abteilungen, welche sich bemühen, sparsam zu budgetieren, sind aufgrund dieses Antrags die Geprellten. Ich finde es auch ein Misstrauensvotum. Grundsätzlich muss ich Ihnen sagen, wir sind noch nicht bei WoV, Peter Wullschleger. Wir sind noch bei der traditionellen Budgetierung. Wir müssen die einzelnen Positionen der Abteilungen anschauen. Wir können nicht - weil uns das zuviel Mühe macht - einfach die gesamten Sachmittel kürzen.

WoV ist noch nicht aktuell, ist noch nicht in Kraft. Da muss ich Peter Möller recht geben. Es kann nicht sein, dass wir hier die einzelnen Abteilungen durchleuchten, diese ebenso in der GPK schon hinterfragt wurden, und wir nun plötzlich sagen: Ja, es hat noch Luft drin, wir kürzen pauschal. Das ist keine seriöse Ratsarbeit. Da gebe ich Peter Möller absolut recht. Ich werde diesem Antrag bestimmt nicht zustimmen."

Peter Möller (GB): "Ich kann meinen Fraktionskollegen Bernhard Egli beruhigen. Wenn man eine bestimmte Position aus dem Budget nimmt und diese durch alle Abteilungen hindurch reduzieren würde, und eine klare Begründung hierfür hat, dann ist dies zulässig. Es ist dann klar, welche Budgetpositionen davon betroffen sind. Wenn wir jetzt eine Kürzung vornehmen, wie sie die FDP Fraktion will und wie der SR anscheinend dazu bereit ist, frage ich mich ernsthaft, weshalb wir heute die Detail-Positionen der Sachgruppe 31 in den einzelnen Abteilungen überhaupt angesehen haben - weil die gelten in dem Sinn nicht mehr. Wir geben da ein plein pouvoir ab und haben keine verbindlichen Zahlen mehr. Wenn dieser unselige Antrag angenommen wird, kann ich Ihnen voraussagen, wo dann wirklich gekürzt werden wird. Das wird der bauliche Unterhalt sein, was in diesem Rat ja immer wieder kritisiert wird. Aber was soll's? Hauptsache ist, dass wir da wieder eine Schein-Sparrunde eingeläutet haben. Wenn dieser Antrag durchkommt, kann ich dem Budget nicht mehr zustimmen, weil ich kein verbindliches Budget mehr habe."

Christoph Schlatter (SP) geht es als Neuling im Rat um ein Prinzip des Parlamentes. "Ich finde es problematisch, wenn ich an meiner ersten Budgetsitzung eingeladen bin, mich wie alle hier an der Budgetberatung aktiv zu beteiligen, und nun feststellen muss, dass die Arbeit der GPK in Frage gestellt wird. Man möchte hier nun global den Sachaufwand um 2,25% reduzieren. Der Stadtrat kann dann willkürlich dort kürzen, wo er will. Ich frage mich daher, weshalb wir denn heute Abend hier sind. Ich finde es für mein Demokratieverständnis problematisch, wenn die Arbeit der GPK hier in Frage gestellt wird. Dem Antrag der FDP kann ich nicht zustimmen."

Kurt Zubler (SP) erklärt, dass man sich an einem Bazar befindet, wenn man den Antrag der FDP und den Vorschlag des SR gehört hat. "Wir haben diese Detailberatung ausgesessen. Diese Detailzahlen führen zu den Zahlen im Gesamten, welche nun durch den Antrag der FDP in Frage gestellt sind. Die Ausführungen von Peter Möller haben gezeigt, dass es so nicht geht. Roland Schöttle hat angeführt, dass wir alle ein schlechtes Gewissen haben müssten, wenn wir ein unausgeglichenes Budget vorlegen. Weshalb, wenn Du zu Ende denkst, Roland Schöttle, sagst Du nicht einfach "wir lassen das Budget so, wie es ist, und setzen auf Seite 2 der GPK-Anträge "Ergebnis Budget 2004 Neu" 0 Franken ein"? Dann müssen wir kein schlechtes Gewissen haben. Der Stadtrat hat den Auftrag, dieses Defizit von Fr. 3,075 Mio Franken wegzubringen. Dass der Stadtrat alles unternimmt, um ein möglichst akzeptables Ergebnis hinzukriegen, davon gehen wir aus. Aber statt nach der Detailberatung - um das Gewissen etwas zu erleichtern - einfach zu sagen, da wollen wir den Auftrag gegeben haben, dass noch 2,25 % oder 1 % weggehen, sagen Sie doch einfach Null Franken Defizit. Dann sehen Sie vielleicht ein, dass das nicht funktioniert."

Peter Wullschleger (CVP) weist darauf hin, dass jetzt verschiedentlich die GPK erwähnt wurde. Er findet nicht, dass mit diesem Antrag die Arbeit der GPK desavouiert wird. Die GPK leistet eine wertvolle Vorarbeit. Das Resultat dieser Vorarbeit gelangt dann in die Fraktionen und in das Plenum.

"Wenn wir heute diesem Antrag von Thomas Hauser zustimmen, treffen wir einen politischen Entscheid. Das ist eine Absichtserklärung, ein politischer Wille, den Sie toll finden oder nicht. Ich sehe aber ein, dass wir buchhalterisch irgendwo ein Problem haben, wenn wir bei der Sachgruppe jetzt einfach sagen, Kürzung um 680'000 Franken. Die Alternative ist, jede Position, welche in diese Sachgruppenstatistik einfließt, um 2,25 % zu reduzieren." Der Votant möchte das Geheul in diesem Saal gehört haben, wenn man zu Beginn der Detailberatung beantragt hätte, diese Kürzung bei jeder Sachgruppen relevanten Position heute im Detail vorzunehmen. P. Wullschleger findet diesen politischen Willen sinnvoll. Das buchhalterische und evtl. sogar rechtliche Problem könnte nach seiner Ansicht so gelöst werden, dass das Parlament den Stadtrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Rechnung 04 beim Sachaufwand 2,25 % tiefer ausfällt als das Budget 04. "Letztlich soll das Problem dorthin delegiert werden, wo es entsteht - nämlich an die Basis. Dort soll geschaut werden, wie diese 2,25 % eingespart werden können. Ich habe gehört, dass man in einem ersten Aufwisch ein exorbitantes Budget hatte, dann den Auftrag gab, nochmals über die Bücher zu gehen, und schliesslich offensichtlich Millionenbeträge herausgenommen wurden, damit es dem Parlament unterbreitet werden konnte. Wie können Sie jetzt mit gutem Gewissen sagen, dass diese Zitrone ausgepresst ist? Machen Sie bitte nicht so ein Geschrei. Ich finde, dass das was Thomas Hauser im Namen der FDP Fraktion vorgeschlagen hat, unterstützenswert ist."

SR Veronika Heller nimmt das Votum von Iren Eichenberger auf und weist darauf hin, dass das Ganze mit dem zeitlichen Ablauf zu tun hat. Die Budgetpräsentation in den Medien erfolgte im September. Dann kamen neue Fakten wie die Sache mit der Pensionskasse, die Auswirkungen des vom Volk angenommenen Steuergesetzes usw. hinzu. Der SR ist auch davon ausgegangen, dass sich das Defizit wenn immer möglich nicht über Fr. 2,5 Mio beläuft, damit die Laufende Rechnung nicht aus dem Ruder läuft. "Was ich versucht habe, ist nichts anderes, als einen Vorschlag zur Güte zu machen. Zu dem, was Thomas Hauser beantragt hat mit den 2,25 %, kann ich nicht mit gutem Gewissen sagen, das geht. Das eine Prozent - kann ich mir vorstellen - wird möglich sein. Ich habe beim Eintreten auch darauf hingewiesen, was noch alles seitens des Bundes und des Kantons an Lasten auf die Stadt zukommen kann bzw. wird."

Die Finanzreferentin weist schliesslich noch darauf hin, dass es in der SP Fraktion auch schon vorgekommen sei, dass diese mit einem Resultat aus der GPK nicht einverstanden war, und im Plenum andere Anträge gestellt habe. "Deshalb können wir die GPK nicht in Frage stellen. Diese hat das selbe Problem bezüglich des zeitlichen Ablaufs gehabt."

Ich habe Ihnen mit der Zustimmung der beiden Stadtratskollegen, die auf meiner Seite sitzen, einen Vorschlag zur Güte gemacht. Ich bitte Sie, irgendwann einmal darüber abzustimmen."

Roland Schöttle (FDP) legt Wert auf die Feststellung, dass er als Grossstadtrat nach Beendigung der GPK-Arbeit deren Tätigkeit und Anträge im Plenum noch diskutieren darf. Sonst könnte ja die GPK das Budget beschliessen.

"Der Antrag der FDP ist nichts anders als eine Vertrauenskundgebung an den SR, nämlich derart, dass wir als Parlament der Meinung sind, dass das budgetierte Defizit zu hoch ist, und der SR mit unserer Globalforderung von 680'000 Franken - ich habe Ihnen die Ableitung dazu gemacht - fürsorglich umgehen kann."

Das heisst, er muss die Abteilungen im Laufe der nächsten Zeit - wenn das zum Beschluss erhoben werden soll - mit der Frage konfrontieren: Wo könnt Ihr noch etwas reduzieren? Wir wollen, dass der SR schliesslich intern diese Reduktion von 680'000 Franken beim Sachaufwand erreicht.

Wir haben den Auftrag, unser Budgetdefizit so niedrig wie möglich zu halten, und dass es im Rahmen des zu Erwartenden vielleicht zu einem Ausgleich kommt. Aber mit 3,1 oder 2,8 Mio Franken reicht das nicht. Das sollte auf die 2,5 Mio Franken runter."

Esther Bänziger (SP): "Ich bleibe dabei, dass ich es absolut unseriös finde. Es gibt offenbar auch Ratskollegen, die keine Ahnung von der Funktion der GPK haben. Es ist überhaupt nicht so, Roland Schöttle, dass man hier nicht diskutieren kann. Ich verlange nur, dass relevante Sachen primär einmal in die GPK gehören. Darum sind dort alle Fraktionen vertreten. Da macht man ja immer wieder die Rückmeldungen an diese. Es geht nicht um die Presse, sondern um die Fraktionen. Da tauscht man sich aus, da kann man die Sachen hineinbringen. Wichtige Sachen diskutieren wir doch nicht hier heute Abend um 20.45 Uhr und behaupten noch, es sei ein Vertrauensbeweis dem Stadtrat gegenüber! Es ist ein Misstrauensbeweis, weil alle, die schon länger dabei sind, wissen genau - das ist immer schon so gewesen - dass die Rechnung besser herausgekommen ist als das Budget. Wir wissen, dass der Stadtrat und vor allem die Verwaltung sehr sorgfältig mit den Finanzen umgehen. Wenn Sie diese Auffassung nicht teilen, dann müsst Ihr ehrlicherweise den Antrag stellen, das Budget abzulehnen.

Es hat Änderungen von Mitte September bis heute beim Budget gegeben, Vero Heller, das ist logisch. Falls der Stadtrat gesehen hätte, es hat sich viel geändert, es gibt Luft, hätte er heute zu Beginn der Eintretensdebatte diesen Antrag stellen können mit der Begründung, man sehe die Möglichkeit, nochmals 1 Prozent bei den Sachmitteln herunter zu fahren. Ich werde diesem Budget so nicht zustimmen."

Urs Tanner (SP) macht eine Gleichung und gibt zu bedenken, dass man durch die einseitige Änderung des Totals in der Sachgruppenstatistik die Waage verändert. "Das geht doch um "Himmels Willen" nicht. Sie machen eine Delegation an den Stadtrat, kürzen 2,25 %, in den Details nicken Sie alles durch. Wenn es um die Polizei-Blasmusik geht, bekommt man Angst und zieht den Antrag zurück. Sie haben Angst zu nennen, wo gekürzt werden soll. Wenn Sie mit dieser Kürzung auf Seite 7 so durchkommen, werde ich einen Rückkommensantrag stellen, damit die Gleichung $10 X = 100$ wieder aufgeht, d.h. es müssen sämtliche relevante Positionen der Laufenden Rechnung ab Seite 14 nochmals besprochen werden. Dann müssen Sie sagen, wo Sie kürzen wollen."

Peter Neukomm (SP): "Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Einerseits schicken wir doch unsere Vertreter in die GPK mit Aufträgen - bei Ihnen ist das vielleicht nicht so. Sie hätten ja Ihren Vertretern den Auftrag geben können, die Sachmittel anzuschauen und zu prüfen, ob man da nicht noch kürzen könnte. Oder wenn Ihre Vertreter die Unterlagen gut studiert hätten, hätten Sie ja in Ihre Fraktionen rückmelden können, dass die Sachmittel viel zu hoch seien. Aber offensichtlich hat die gegenseitige Information nicht funktioniert. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, weshalb wir finden, dass das unseriös ist, was Sie da beantragen.

Wenn Sie nämlich bei den einzelnen Abteilungen diese Zahlen hinterfragen müssten, bekämen Sie fundierte Antworten und wüssten, weshalb diese Beträge eingesetzt worden sind. So gehen Sie der Diskussion aus dem Weg. Sie wollen diese nicht, weil sie diese scheuen. Die Abteilungen setzen jene Beträge ein, die nötig sind, um ihre Aufgaben zu erfüllen und nicht, um Luxus zu haben!"

Peter Möller (GB) möchte wissen, ob die FDP Fraktion einfach den Wunsch an den Stadtrat richten will, dass die Rechnung 2004 ausgeglichen sein muss, oder ob sie ernsthaft eine Budgetveränderung erzielen will. "Wenn Letzteres zutrifft, habe ich eine Frage an die FDP Fraktion: Welche Detailpositionen im Budget hat der Rat verbindlich beschlossen? Können wir mit nicht beschlossenen Detailpositionen ein Budget verabschieden? Ich würde meinen, Nein. Das ist nicht ein buchhalterisches Problem, sondern u.a. ein rechtliches."

Christine Rebsamen (OeBS) nennt das beantragte Vorgehen eine Nebelfahrt vor den Wahlen. "Ich finde, dass wir alle den Mut haben müssen, Farbe zu bekennen und zu sagen, bei welchen Positionen wir einsparen sollen."

Alfred Zollinger (SVP): "Ich muss schon noch etwas sagen zur Rolle der GPK. Es ist für mich betrüblich, Esther Bänziger, welche Sprache Du sprichst hinsichtlich der Funktion der GPK. Ich fühle mich überhaupt nicht desavouiert. Wenn man den Vorwurf unseriös anbringt, dann muss ich das energisch zurückweisen. Du weisst ganz genau, dass wir in der GPK die Detailarbeit machen und mit den Beratungsergebnissen in den Rat kommen. Wir können doch niemandem verbieten, hier Anträge zu stellen. Andres Bächtold hat heute einen Antrag gestellt, welcher in der GPK schon ein Thema war und dort abgelehnt wurde. Heute ist er damit durchgekommen. Es kommt anscheinend darauf an, aus welcher Ecke diese Anträge kommen." Bezüglich der Frage der rechtlichen Zulässigkeit des Antrages von Thomas Hauser vertritt der GPK-Präsident die Auffassung, dass ein solcher Antrag rechtens sei. Es gibt eine Abstimmung und die Mehrheit entscheidet, ob dieser Antrag angenommen wird oder nicht."

Hans Ith (SVP): "Alle hier in diesem Saal sagen, die Zitrone sei ausgepresst. Jedermann weiss, in einen guten Kuchen gehört auch noch die Schale hinein! Stimmen Sie dem Antrag von Thomas Hauser zu!"

Roland Schöttle (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Peter Möller. Er wiederholt die Aussage, wonach die FDP Fraktion der Meinung war, es sollte die Position 31 318 Dienstleistungen und Honorare um 10 % gekürzt werden. "Der in unserer Fraktion anwesende Stadtpräsident hat dann gesagt: Macht das nicht so, macht das so, dass wir im Stadtrat den Spielraum haben, die nötigen Schwerpunkte hinsichtlich der Kürzungen zu setzen. Das ist fair und alle diese Anschimpfungen von Kollegin Esther Bänziger möchte ich zurückweisen; diese sind unanständig gewesen."

SR Thomas Feurer: "Es ist unüblich, dass der Sozialreferent zu einem solchen Thema etwas sagt. Er produziert ja die Aufwandzahlen, welche im übrigen steigen. Das hat mit dieser Geschichte eben doch etwas zu tun, weil der Aufwand im Bereich soziale Wohlfahrt steigt, und gewisse Positionen figurieren in der Sachgruppe 31. Man muss einmal die Relationen anschauen. Wir haben ein Gesamtbudget von 194 Mio Franken. Die FDP Fraktion spricht von einer Einsparung von gut 3 Promillen, der SR hat Ihnen eine solche von ca. 1 1/2 Promillen angeboten."

Bei dieser Grössenordnung von 1,5 - 3 Promillen wird gesagt, wir lehnen das Budget ab, wir ergreifen das Referendum... . Wir haben übrigens ein Rohbudget gehabt mit einem Defizit von 15 Mio Franken. Wir haben jetzt während Monaten über dieses Budget gesprochen. Ich denke, es ist ein faires Angebot, wenn Sie uns sagen, dass wir dem Personal dieses Prozent in dieser Position zurücknehmen können. Das kann doch nicht dazu führen, dass die Verabschiedung dieses Budgets scheitert. Das finde ich absolut absurd."

Peter Möller (GB) erklärt, dass sich seine Vehemenz nicht dagegen richtet, dass man in gewissen Positionen spart, wo unter Umständen nachher auch eine Einsparung in dieser Grösse resultieren könnte. "Hingegen wehre ich mich, dass ich ein Budget verabschieden soll, bei dem ich nicht weiss, welche Einzelpositionen richtig sind und welche nicht mehr Gültigkeit haben. Wir haben noch kein übergreifendes WoV-Budget."

Bernhard Egli (OeBS) vertritt die Auffassung, dass das Vorgehen so nicht geht. "Wir vom Parlament haben die Budgethoheit. Ich könnte dem zustimmen, dass man das Budget um 2 Promille oder so kürzt, aber dann müssen wir die Sitzung jetzt abrechnen und der SR muss uns ein angepasstes Budget vorlegen, über welches wir im Januar 04 nochmals abstimmen müssen."

SR Veronika Heller sieht kein Problem. Sie geht von einer Kürzung des Sachaufwandes um 1 Prozent aus, was rechnerisch leicht nachvollzogen werden kann

Peter Kämpfer (SP) hat kein Problem, dass die FDP Fraktion diesen Antrag einbringt. "Ich denke, das ist ihr politisches Recht. Mehr Mühe habe ich mit der Haltung des SR, welcher dieses JeKaMi mitspielt. Da erwarte ich vom SR, dass - wenn er plötzlich noch "Luft" hat - er das in die GPK hineinbringt oder zumindest zu Beginn der Ratsdebatte bekannt gibt. Das ganze Jahr vorzujammern, wie ausgepresst die Zitrone ist und jetzt plötzlich zu sagen, eine Kürzung ist möglich - da fühle ich mich nicht ernst genommen."

Christian Hablützel (SP): "Ich bin mit dem Vorgehen auch nicht einverstanden. Ich verabschiede nicht gerne ein Budget, bei dem die Positionen nicht klar sind. Eine Möglichkeit ist angetönt worden, das wäre eine lineare Kürzung von 1 Prozent aller Budgetpositionen beim Sachaufwand. Das könnte nachvollzogen werden. Ich mache Ihnen aber einen anderen Vorschlag. Ich schlage Ihnen vor, das Budget, so wie es vorliegt, zu verabschieden. Ich schlage Ihnen vor, das was Sie fordern - eine Einsparung von 680'000 Franken beim Sachaufwand - als Motion an den Stadtrat zu richten (*Zwischenruf von der rechten Seite ... und in 3 Jahren umzusetzen ...*). Nein der SR müsste uns in einem halben Jahr Antwort geben. Ich meine es ernst. Es geht darum, dass der SR verbindlich beauftragt wird, sich alle Mühe zu geben, eine ausgeglichene Rechnung zu erlangen."

Peter Wullschleger (CVP) verteidigt den Antrag bzw. das vorgeschlagene Vorgehen von Thomas Hauser, der quasi eine lineare Kürzung von 2,25 % verlangt. Die Möglichkeit einer linearen Reduktion sei auch von der Finanzreferentin als gangbar signalisiert worden. Der Votant nennt ein Beispiel aus dem Bereich Büromaterial und unterstreicht, dass man beim Budgetieren ja in aller Regel auf die nächsten Hundert oder Tausend Franken aufrundet und so diese 2,25 % Einsparung drin lägen.

Edgar Mittler (FDP): "Wenn man etwas nicht will, kann man es auf die juristische Schiene bringen und findet irgendwelche Gründe, wie man das torpedieren kann. Nochmals zur GPK: Ich unterstütze die Meinung, dass man möglichst viel via GPK einbringen soll. Aber der Antrag der FDP ist erst nach Abschluss der Beratungen in der GPK gekommen."

Der Votant sieht bezüglich der vorgesehenen Reduktion von 2,25 % abwicklungsmässig kein Problem. "Man macht eine Liste und legt uns diese an der nächsten Sitzung vor. Dann wissen wir genau, wo gekürzt wurde."

Roland Schöttle (FDP): "Mir geht es wie Peter Kämpfer. Mich hat auch die Haltung der Finanzreferentin ein bisschen erstaunt. Offenbar ist das so gewesen: Man budgetiert drauf los, dann sind es 15 Mio Franken zu viel. Dann geht es 15 Mio Franken runter, und dann wird noch ein wenig Feinarbeit geleistet. Ich frage mich, ob denn überhaupt für die Abteilungen eine Budgetvorgabe gemacht wird, damit es nicht zu solchen Sprüngen kommen kann. Das stört mich am meisten. In der Sache bin ich nach wie vor der Meinung, man soll doch jetzt dem SR im Rahmen seiner einschätzbaren Möglichkeiten - nicht linear um 1 oder 2 % - bei den einzelnen Positionen der Gruppe 31 - die Kompetenz geben, das Budget intern zu verbessern. Das ist die Stossrichtung, und so wollen wir es machen. Im übrigen wäre ich dankbar, wenn man diese Sache mal zur Abstimmung bringen würde."

Esther Bänziger (SP): "Wenn das der Stadtrat bis jetzt nicht gemacht hat, dann bin ich im falschen Film hier drinnen. Vor kurzem hat man noch gesagt, 50'000 Franken zusätzlich für die Sanierung der Werkräume im Gega Schulhaus lägen nicht mehr drin. Kurz darauf kann man den Aufwand 300'000 Franken kürzen - einfach so, linear quer durch."

Raphaël Rohner (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SR Veronika Heller weist darauf hin, dass auch der SR einen Antrag gestellt hat.

Die Anträge sind auszumehren.

ABSTIMMUNG 1

Antrag Thomas Hauser im Namen der FDP:

Kürzung der Position 31 Sachaufwand von Fr. 30'276'800.-- um Fr. 680'000.-- auf neu Fr. 29'596'800.--

versus

Kompromiss-Antrag des Stadtrates

Kürzung der Position 31 Sachaufwand um 1 % oder ca. Fr. 300'000.-- auf neu Fr. 29'976'800.--

Der Antrag des Stadtrates unterliegt in der Abstimmung unter Namensaufruf dem Antrag Th. Hauser mit 23 : 24 Stimmen.

ABSTIMMUNG 2

Antrag Thomas Hauser im Namen der FDP:

Kürzung der Position 31 Sachaufwand von Fr. 30'276'800.-- um Fr. 680'000.-- auf neu Fr. 29'596'800.--

versus

Budget Seite 7

Belassung Position 31 Sachaufwand von Fr. 30'276'800.--

Der Antrag Thomas Hauser obsiegt in der Abstimmung unter Namensaufruf * mit 24 : 22 Stimmen.

* Das Abstimmungsergebnis im Detail finden Sie am Schluss dieses Protokolles.

An dieser Stelle stellt Peter Möller (GB) den Ordnungsantrag, die Sitzung hier abzubrechen, dass der Stadtrat das Budget überarbeitet und dem Parlament die Folgen dieser Reduktion vor Augen führt, und der Rat ein gültiges Budget verabschieden kann.

Raphaël Rohner (FDP) beantragt wiederum Abstimmung unter Namensaufruf.

Peter Möller (GB) stellt den Gegenantrag.

In der Abstimmung erhält R. Rohner das nötige Quorum von 10 Stimmen. Somit wird unter Namensaufruf über den Abbruch der Sitzung abgestimmt.

ABSTIMMUNG

Der Ordnungsantrag von Peter Möller (GB), die Sitzung abzubrechen und das Budget an den SR zurück zu weisen, unterliegt in der Abstimmung unter Namensaufruf mit 23 : 24 Stimmen.

I. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung

Das bereinigte Ergebnis nach Abschluss der heutigen Beratungen sieht gemäss Thomas Jaquet, Zentralverwalter wie folgt aus:

Laufende Rechnung	Aufwandüberschuss	Fr. 2'394'900.--
Investitionsrechnung	Mehraufwand	Fr. 10'849'000.--

Botschaft des SR zum Voranschlag 2004

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 9.

Das Wort wird nicht verlangt.

ANTRÄGE

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Anträge.

1. Der Voranschlag für das Jahr 2004 wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Peter Möller (GB) stellt den Antrag auf Ablehnung.

Raphaël Rohner (FDP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Christian Hablützel (SP) erkundigt sich, ob die Kürzung des Sachaufwandes linear um 2,25 % erfolgen werde, was von der Finanzreferentin bestätigt wird.

ABSTIMMUNG unter Namensaufruf

Der Antrag von Peter Möller (GB), Ziffer 1 dieses Beschlusses abzulehnen, unterliegt in der Abstimmung unter Namensaufruf mit 23 : 24 Stimmen.

2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 108 % festgesetzt und gemäss Art. 11 lit. b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Die folgenden Ausgaben werden gemäss Art. 11 lit. d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

	Fr.
Wiederkehrende Ausgaben der laufenden Rechnung	
5891.365.519 Gemeinnützige Beiträge an kantonale Vereine und Institutionen; Fachstelle Integration: Erhöhung des Beitrages von Fr. 10'000.-- auf Fr. 40'000.--	30'000.--
Einmalige Beiträge der Investitionsrechnung	
029.506.008 Beitrag an Projekt geographisches Informationssystem (GIS) (im Voranschlag 2004 ist die 1. von 4 Tranchen in Höhe von Fr. 118'000.-- enthalten)	472'000.--
212.503.273 Schulhaus Gräfler; Medienraum	360'000.--
570.503.504 Altersheim am Kirchhofplatz; Dachausbau Agnesenhaus	500'000.---

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

4. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2004 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Christian Hablützel (SP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

Der Grosse Stadtrat heisst den Voranschlag 2004 der Einwohnergemeinde SH sowie die Anträge gemäss Botschaft des SR in der Schlussabstimmung unter Namensaufruf mit 24 : 23 Stimmen gut. *

* Das Abstimmungsergebnis im Detail finden Sie am Schluss dieses Protokolles.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle schliesst der **Ratspräsident** die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Sitzung: Dienstag, 16. Dezember 2003, 17.00 Uhr

Ergebnis Abstimmung unter Namensaufruf vom 9 Dez. 2003 bzgl.Antrag Thomas Hauser im Namen der FDP:Kürzung Position 31 Sachaufwand von Fr. 30'276'800.-- um Fr. 680'000.-- auf neu Fr. 29'596'800.--
versus

Budget Seite 7 Belassung Position 31 Sachaufwand von Fr. 30'276'800.--

	Für Antrag Thomas Hauser 29'596'800	Für Budget 30'276'800
Amsler Dieter		
Amstad Rolf	ABWESEND	
Bächtold Andres		
Bächtold Christian		
Bänziger Esther		Enthaltung
Bösch Paul		
Brambrink Theres		
Cadario Alfons		
Derksen Theresia		
Distel Herbert	ABWESEND	
Egger Martin		
Egli Bernhard		
Eichenberger Iren		
Ertogrul Mehmet		
Eugster Josef		
Fürer Urs		
Gründler Ernst		
Günter Susanne		
Hablützel Christian		
Hauser Thomas		
Hefti Wilhelm		
Hotz Walter		
Huber Hans Peter		
Ith Hans		
Käppler Peter		
Keller Mariann		
Meier Hanspeter	ABWESEND	
Meister Christian		
Mittler Edgar		
Möller Peter		
Neukomm Peter		
Oechslin Brigitte		
Palaz Hüseyin		
Rebsamen Christine		
Rohner Raphaël		
Schlatter Christoph		
Schlatter Stephan		
Schlatter Werner		
Schmidig Rainer		
Schöttle Roland		
Spengler Ernst		
Sutter Erwin		
Tanner Käthi		
Tanner Urs		
Walch Gertrud		
Winzeler Lotti		
Wullschleger Peter		
Zehnder Edgar		
Zollinger Alfred		
Zubler Kurt		
	24	22

**Ergebnis Schlussabstimmung unter Namensaufruf vom 9 Dez. 2003 bzgl.
Genehmigung des Voranschlages 2004 der Einwohnergemeinde SH**

	JA	NEIN
Amsler Dieter		
Amstad Rolf	ABWESEND	
Bächtold Andres		
Bächtold Christian		
Bänziger Esther		
Bösch Paul		
Brambrink Theres		
Cadario Alfons		
Derksen Theresia		
Distel Herbert	ABWESEND	
Egger Martin		
Egli Bernhard		
Eichenberger Iren		
Ertogrul Mehmet		
Eugster Josef		
Fürer Urs		
Gründler Ernst		
Günter Susanne		
Hablützel Christian		
Hauser Thomas		
Hefti Wilhelm		
Hotz Walter		
Huber Hans Peter		
Ith Hans		
Käppler Peter		
Keller Mariann		
Meier Hanspeter	ABWESEND	
Meister Christian		
Mittler Edgar		
Möller Peter		
Neukomm Peter		
Oechslin Brigitte		
Palaz Hüseyin		
Rebsamen Christine		
Rohner Raphaël		
Schlatter Christoph		
Schlatter Stephan		
Schlatter Werner		
Schmidig Rainer		
Schöttle Roland		
Spengler Ernst		
Sutter Erwin		
Tanner Käthi		
Tanner Urs		
Walch Gertrud		
Winzeler Lotti		
Wullschleger Peter		
Zehnder Edgar		
Zollinger Alfred		
Zubler Kurt		
	24	23
13.12.03/R. Gisler		